

Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze

Es ist Wahljahr und die Arbeitslosenzahlen sinken nicht, wie von Schröder versprochen, unter 3,5 Millionen. Im Gegenteil, sie steigen im Zuge der Rezession und haben bereits offiziell die Zahl von 4,3 Millionen erreicht. Erklärung tut Not. Für die Regierung ist es am bequemsten, den „faulen Arbeitslosen“ die Schuld zu geben. Angeblich hat sich jeder vierte Arbeitslose in der „sozialen Hängematte“ so gemütlich einge richtet, dass er nicht mehr arbeiten will, und die anderen sind einfach zu teuer.

Von Gaëtan Kayitare, Aachen

Jetzt sagen sie, der Kombilohn ist die Lösung! Alte Ideen werden aus der Motenkiste geholt und als innovative Vorschläge verkauft. Das angebotene Programm und die angekündigten Maßnahmen sind nichts weiter als Taschenspielertricks, mit denen der Öffentlichkeit entschlossene Bemühungen vorgegaukelt werden sollen. Nebenbei werden Unternehmer weiter beschenkt und Betroffene übel schikaniert.

Wir hatten zum Beispiel schon die 100.000-Jobs-Kampagne von Schröder, bei der für 1–1,5 Jahre die Gehälter für die Jugendlichen vom Staat übernommen wurden. Dennoch sind heute 430.000 Jugendliche ohne Job. Geblieben sind nur die mit dem Programm verbundenen Schikanen für junge Arbeitslose.

Kombilohn ist Lohndrückerei

Die Idee des Kombilohns ist weder neu noch originell. Sie stammt vom ehemaligen CSU-Gesundheitsminister Seehofer und Arbeitgeberpräsidenten Hundt aus dem Jahre 1997. Der Zweck: „Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte

Sozialniveau auf einmal absenken. Deshalb halte ich es für sinnvoll, mit Hilfe des Kombilohns diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen“, so der ehemalige DIHT-Chef Stihl in der Wirtschaftswoche vom 2.10.97.

Was gestern CSU- und Arbeitgeberprogramm war, ist heute Regierungsprogramm von Rot-Grün. Neu ist auch, dass Gewerkschaftsführer wie Bsirske und Schmoltd den Kombilohn begrüßen. Im Sommer 1998 war Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, noch der Meinung, dass Kombilohn gleich Hungerlohn sei und nur neue Armut und neue Sozialhilfeempfänger produziere (laut SZ vom 4.8.98).

Das Kombilohnprogramm ist ein Instrument zur Senkung des allgemeinen Lohnniveaus aller ArbeiterInnen. Es schafft keine Arbeitsplätze. Bei dem viel zitierten „Mainzer Modell“ handelt es sich gerade mal um 800 Menschen, die für diesen Hungerlohn malochen. In Brandenburg wurden über das Modell sage und schreibe 121 Jobs geschaffen. Schröder spricht ja selber von gerade mal 30.000 möglichen Stellen bei seinem Kombilohnprogramm.

Im Wahlkampf sind von Schröder und Stoiber noch einige „Versprechen“ zu erwarten. Sie werden allesamt eines gemeinsam haben: Sie werden ausschließlich darauf abzielen, die Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung auszutragen.

Lohnsenkung und Gewinnsteigerung

Ein Bündnis aus Unternehmern, etablierten Parteien und mittlerweile auch aus Teilen der Gewerkschaftsführung predigen seit Jahren Lohnsenkungen,

Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Die Unternehmen wurden entlastet, ihre Gewinne explodierten jahrelang. Die Massenkauflkraft ist dagegen durch Lohnverzicht ständig gesunken. Die Arbeitszeiten sind heute flexibler denn je. Der Kündigungsschutz wurde gelockert und alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wird privatisiert. Im Ergebnis bringt das aber nicht weniger sondern mehr Arbeitslose.

Mehr als ein Jahrzehnt Lohnverzicht hat weder Arbeitsplätze gesichert, geschweige denn die Massenarbeitslosigkeit beseitigt. Das Gegenteil ist der Fall. Allein von 1991 bis 1997 wurden laut dem Statistischen Bundesamt über 2,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. In diesem Zeitraum sanken die Reallöhne um 7,8 Prozent, während die Nettogewinne der Unternehmen um 47,6 Prozent stiegen.

Bündnis für Arbeit

Seit 1997 reden Zwickel und einige andere Gewerkschaftsführer vom Ende der Bescheidenheit. Sie unternehmen aber bisher in der Praxis nichts, um den Lohnraub zu beenden. Sie verstecken sich lieber hinter dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“, ein Bündnis, das sich längst als das erwiesen hat, wofür die AktivistInnen an der Basis es von Anfang an gehalten haben: ein Solidaritätspakt mit den Bossen gegen die Beschäftigten. „Das Bündnis könnte viel mehr bringen, wenn sich die Arbeitgeber einmal an Absprachen halten würden“, so IGM-Chef Klaus Zwickel im Februar 2001. Sie halten sich aber nicht dran! Die Lösung kann nur heißen: Raus aus diesem Bündnis für Lohnsenkung und Arbeitsplatzvernichtung!

Tarifrunde

Die Tarifrunde bietet die Möglichkeit, endlich das Ende der Bescheidenheit einzuläuten und für eine kräftige Lohnerhöhung und gegen Entlassungen und Betriebsschließungen zu kämpfen. Die IG Metall-Forderung von 6,5 Prozent kann dabei nur das absolute Minimum sein. Aber auch das werden die Unternehmer nicht freiwillig rusrücken. Alle Erfahrungen zeigen, dass dafür die Mobilisierung der ganzen Kampfkraft aller Belegschaften nötig ist. Darum müssen die Gewerkschaften Streikmaßnahmen bis hin zum bundesweiten Vollstreik vorbereiten. ■



Arbeitsplatzabbau in Großkonzernen, Betriebsschließungen, Stellenstreichungen in den Kommunen (wie in Berlin mit der Rotstiftpolitik im Gesundheitswesen)... Das Einzige, was neue Arbeitsplätze schafft und bestehende verteidigt, ist der Kampf um Arbeitsplätze

Unsere Forderungen

- Raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- Keine Entlassungen und Betriebsschließungen
- 250 Euro Lohnerhöhung für alle in der Tarifrunde 2002
- Volle tarifliche Gleichstellung der Ost-KollegInnen
- Nein zur Durchlöcherung von Flächentarifverträgen. Nein zu schlechteren Branchen- oder Haustarifverträgen. Keine Öffnungsklauseln
- Mindestsicherung von 1.050 Euro netto
- Radikaler Abbau von Überstunden. Verteilung der Arbeit auf alle. 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Bildung und Gesundheitswesen
- Nein zu Privatisierungen. Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen
- Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung



ATTAC

Diskussion über Selbstverständnis und Struktur

Seite 3

TARIFRUNDE

Gewerkschaft muss Streik vorbereiten

Seite 4

JUGEND

Bildung im Sozialismus

Seite 5

ARGENTINIEN

Staatsbankrott und Aufstand

Seite 6–7

NPD-Verbot Der Skandal hinter dem Skandal

Alle reden über die Umstände, unter denen der NPD-Verbots-Prozess zu platzen droht. Der eigentliche Skandal wird dabei leicht übersehen. Das Verhalten von Regierung, Polizei und Justiz gegenüber dieser Partei in den letzten Jahren.

Die NPD ist gefährlich. Um das zu wissen, braucht man weder Aktenberge durchwühlen noch V-Männer oder -Frauen. Unzählige Äußerungen von NPD-Funktionären machen klar, dass diese Partei sich in der Tradition von Hitlers NSDAP sieht. Sie stachelt zum Hass gegen ImmigrantInnen und Antifaschisten auf. NPD-Funktionäre waren immer wieder direkt an brutalen Anschlägen beteiligt. Der NPD-Stadtrat Thorsten Crämer war als führender Kopf an einem Überfall auf eine Gedenkveranstaltung am KZ-Mahmal bei Wuppertal beteiligt. Die Nazis drochen dabei mit Baseballschlägern auf alte Männer und Eltern mit Kinder ein.

Dem prominenten NPD-Mann Manfred Roeder wurde die Rädelsführerschaft einer terroristischen Vereinigung nachgewiesen. Bei Anschlägen von Roeders Leuten verbrannten zwei junge Vietnamesen. Und wahrscheinlich waren dutzende V-Leute daran beteiligt, diese NPD mit aufzubauen.

Im Herbst 2000 kündigte die Bundesregierung an, sie wolle die NPD verbieten lassen. Wer gehofft hatte, dass jetzt endlich ernsthaft gegen diese braune Brut vorgegangen würde, sah sich getäuscht. Nach Verbotankündigung und Verbotantrag geschah Erstaunliches – nämlich nichts. Die Sache zieht sich mittlerweile anderthalb Jahre hin. Zeit genug

für die NPD, sich auf ein eventuelles Verbot vorzubereiten, Gelder auf Privatkonten umzulernen, sich neue Strukturen mit neuen Namen zu schaffen, um anschließend weiter ihr Unwesen treiben zu können.

Ein Verbot ist weiter möglich, allerdings nicht sicher. Sicher ist: gegen Nazis wird seitens des Staates nicht ernsthaft vorgegangen.

Polizei schützt Nazis

Im Gegenteil – immer wenn die NPD einen Aufmarsch anmeldet, und das tat sie öfter als je zuvor, zog auch Polizei auf. Meist mehrere tausend „Ordnungshüter“ wurden eingesetzt. Allerdings nicht um die Naziaufmärsche zu verhindern, sondern um sie gegen massenhafte Proteste durchzusetzen. Es waren die Gegnerinnen und Gegner der Nazis, die bei solchen Gelegenheiten von der Polizei angegriffen, zum Teil eingekesselt und festgenommen wurden.

Nach dem 11. September beschloss die Bundesregierung, Gesetze zu verschärfen und demokratische Freiheiten massiv einzuschränken – alles angeblich im Kampf gegen den Terrorismus. Allein gegen die Nazis, die alljährlich ImmigrantInnen terrorisieren, richten sich diese Gesetze offensichtlich nicht. Das braune Gesindel dürfte und darf weiter agieren und aufmarschieren. Anlässlich einer Kundgebung der Nazis am 1. Dezember vergangenen Jahres in Berlin setzte die Polizei sogar Wasserwerfer und Tränengas ein – nicht um die Nazis von der Straße zu jagen, sondern gegen die Antifaschisten.

Und jetzt platzte durch eine Reihe von Versäumnissen im Ap-

parat von Innenminister Schily auch noch der angesetzte Verbotprozess. Ob das Absicht oder Schlampe sei, lässt man mal dahingestellt. So oder so, man darf diesen Skandal nicht isoliert sondern in einer Reihe mit dem Verhalten des Staatsapparates gegenüber der NPD in den letzten Jahren sehen. Und dann drängt sich der Schluss auf: Dieser Staat hat gar kein großes Interesse daran, der NPD und anderen Nazis das Handwerk zu legen. Sicher, ein Verbot der NPD anzukündigen erweckt bei den Bürgern den Eindruck, es würde etwas gegen die Nazis getan. Das ist gut für das Image.

Aber gleichzeitig lässt man die Nazis weitgehend gewähren. So erhält man sich eine Drohkulisse gegen Linke und als Vorwand für Gesetzesverschärfungen. Diese Gesetze lassen sich dann hervorragend zum Beispiel gegen Menschen einsetzen, die gegen die kapitalistische Globalisierung demonstrieren wollen. Und später auch mal gegen Gewerkschafter, die einen inoffiziellen Streik organisieren.

Der Staat ist und bleibt auf dem rechten Auge blind. Wir haben immer vor Illusionen in Regierung, Polizei und Justiz gewart. „Im Kampf gegen Nazis und Rassistinnen helfe ich nicht auf Staat und Justiz zu hoffen, nur wir selbst, Jugendliche und ArbeiterInnen, können die braunen Ratten zurück in ihre Löcher jagen!“ (VORAN, Dezember/Januar 2000/01). Der jüngste Skandal um den geplante NPD-Prozess bestätigt die Aktualität dieser Aufgabe.

Georg, Köln

unser standpunkt Bundestagswahlen Stoiber zieht nach Rechts

Der Machtkampf in der Union ist entschieden. Nachdem sie keine Chance mehr auf eine Nominierung hatte, verzichtet Angela Merkel „freiwillig“ auf die Kanzlerkandidatur und machte den Weg für CSU-Chef Edmund Stoiber frei.

Dies widerspiegelt die Krise, in der sich die CDU seit ihrer Wahlniederlage und dem Ende der Kohl-Ära 1998 sowie der Aufdeckung des Spendenskandals befindet. Sie hat bisher keine neue Rolle im Parteigefüge der Bundesrepublik finden können. Durch ihren Rechtsruck hat die SPD Themen und Positionen der Konservativen besetzt und übernommen.

Die Schröder-Regierung hat nach der Verdrängung Lafontaines größere Veränderungen im Interesse des Kapitals erreicht als Kohl selbst am Ende seiner Amtszeit. So den Einstieg in die Privatisierung der Rentenversicherung. Zitat Schröder: „Wir haben durchgesetzt, worüber andere immer nur geredet haben.“ Unter Rot-Grün sind zum ersten Mal seit 1945 wieder Kampfsätze der Bundeswehr in aller Welt möglich. Bei der „Inneren Sicherheit“ ist Innenminister Schily mit seiner Knippel-aus-dem-Sack-Politik bei der rassistischen Ausgrenzung und beim Abbau demokratischer Rechte in Siebenmeilenstiefeln vorangeschritten. Die neoliberale Kürzungspolitik wurde nach 1998 nahtlos fortgesetzt.

Seither ist die Union auf der Suche nach einer neuen Existenzberechtigung. Die CSU ist auf Landesebene weiterhin die staatstragende Partei und deshalb von der Krise weniger stark betroffen. Die Niederlage Merkels ist ein Ausdruck der personellen Schwäche der CDU. Sie ist aber auch eine Niederlage für den etwas „liberaleren“ Flügel der Partei. Die Nominierung Stoibers ist ein Erfolg für diejenigen in der CDU/CSU, die eine Profilierung nach Rechts anstreben.

Mit Stoiber haben Hundt, Henkel und Co. im Wahlkampf jemanen, der Unternehmerinteressen offensiv vertritt; obwohl Stoiber auch mit sozialer Demagogie arbeitet. Die Unternehmerkreise erhoffen sich davon, dass die Politik generell weiter nach rechts gedrückt wird. Mit einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes will der Zehnsohn von Strauß den Arbeitsmarkt weiter deregulieren. Er will die Steuern für die Reichen weiter senken. Den Aus-

stieg aus dem Atomanstieg, der sowieso nur auf dem Papier steht, hat Stoiber bereits angekündigt. Stoiber tritt in den meisten Fragen durch und durch reaktionäre Positionen. So klagt Bayern zur Zeit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die so genannte „Homo-Ehe“.

Zum Teil steht diese Profilierung jedoch nicht im Einklang mit den Interessen des deutschen Kapitals. Das gilt besonders für die Frage der Zuwanderung. Mit dem von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Zuwanderungsgesetz soll sich die Zuwanderung nach der ökonomischen Verwertbarkeit richten – Fachkräfte, die von der Industrie gebraucht werden, dürfen rein, Flüchtlinge nicht. Die Unternehmer wollen diese Regelung und haben Stoibers bisher ablehnende Haltung teilweise scharf kritisiert.

Stoibers Kandidatur bedeutet Druck von Rechts auf SPD und Grüne. Bei der Diskussion um die Ausweitung des Niedriglohnssektors durch subventionierte „Kombilöhne“ zeigte sich das bereits. So führt die Kandidatur von Stoiber zu einer Rechtsverschiebung der etablierten Politik insgesamt. Der Versuch von SPD und Grünen, gegen die reaktionäre Stoiber-Politik zu polarisieren, läuft ins Leere, weil sie selbst eine solche Politik betreiben. Die Führung der Gewerkschaften wird jedoch versuchen, den Unmut gegen Rot-Grün unter Verweis auf die Gefahr von Rechts zu deckeln und erneut für die SPD zu mobilisieren. Um das zu verhindern, muss in den Gewerkschaften der Druck für eine offensive Lohnrunde gerade im Wahljahr erhöht werden.

Die Kapitalisten können sowohl mit Schröder als auch mit Stoiber leben. Der Rechtsruck der etablierten Politik setzt sich fort. Das bedeutet ein großes und wachsendes Vakuum auf der Linken. Viele werden bei der Bundestagswahl ihren Protest durch eine Stimmabgabe für die PDS ausdrücken. Die Beteiligung der PDS an der Kürzungs-Koalition in Berlin zeigt jedoch, dass sich auch die PDS-Führung immer mehr an das Establishment anpasst und ebenfalls an die Futtertröge des Kapitals drängt. Deshalb ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei – und der Kampf für ein kompromissloses sozialistisches Programm – als Alternative zum etablierten Einheitsbrei und kapitalistischen Krisenmanagement dringlicher denn je. ■

Kombilöhne Kampf gegen Arbeitslosigkeit oder gegen Arbeitslose?

Angesichts der kommenden Bundestagswahl im Herbst und ihrer miesen Arbeitsmarktbilanz gerät Rot-Grün in Panik. Um die Statistiken wenigstens noch etwas zu schönen, hat Rot-Grün in den letzten Wochen die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Lohnsubventionierung in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt.

Alle arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der letzten Zeit laufen darauf hinaus, dass eine hohe Flexibilität der Arbeitslosen und Beschäftigten und die Ausweitung des Niedriglohnssektors die Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit seien. Nicht ein mangelndes Stellenangebot sei das Problem, sondern „unzureichend motivierte Arbeitslose“.

Von Lucy Redler, Hamburg

Steuerparadies Deutschland?

„Die rot-grüne Steuerreform sorgt dafür, dass viele Großkonzerne fast gar keine Steuern mehr zahlen. (...) Viele Firmen melden zwar nach wie vor recht ordentliche Gewinne, doch einer wird davon fast gar nicht profitieren: der Finanzminister.“ (Der Spiegel, 4/2001).

Während die Unternehmen über die Körperschaftsteuer im Jahr 2000 noch 23,6 Milliarden Euro aufräumen mussten, konnten die Konzerne über Körperschaftsteuerrückzahlungen letztes Jahr bis November unterem Strich sogar 1,9 Milliarden Euro einstecken.

Auch bei der Gewerbesteuer gingen die Einnahmen der Kommunen in Städten wie Frankfurt, Münster oder Halle um 25, 40 oder gar 50 Prozent zurück.

Mit einer massiven Propagandakampagne wollen die Herrschenden durchsetzen, dass Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Zukunft zu Hungerlöhnen arbeiten sollen. Vor diesem Hintergrund findet die Kombilohndebatte statt.

Maßnahmen gegen Arbeitslose

Dem nicht genug, planen die Herrschenden und ihre selbsternannten Arbeitsmarktexperten die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf ein Jahr zu verkürzen, die Sozialhilfe abzusenken und obendrein noch die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenzulegen, was einer Streichung der Arbeitslosenhilfe gleichkommt. Allein dadurch würden in Deutschland 1,4 Millionen Menschen zu Sozialfällen werden. Die Grünen setzen noch eins drauf: Ihr Sieben-Punkte-Programm zielt in erster Linie darauf ab, Beschäftigung im unteren Tarifbereich billiger zu machen. Das gerade neu eingeführte Job-Active-Gesetz wird als tolle neue Vermittlungshilfe für Arbeitslose dargestellt. In Wirklichkeit werden Arbeitslose durch dieses Gesetz noch viel stärker zur Aufnahme (un)zumutbarer Jobs gezwungen. Außerdem wird Leiharbeit gefördert und ausgeweitet. Am miserablen Stellenangebot ändert sich nichts. Für die Arbeitslosen sind auf einmal die Arbeitslosen selbst verantwortlich.

Kombilohndebatte

Im Gegensatz zu staatlichen Lohnkostenzuschüssen an Arbeitgeber, wie beispielsweise beim Saar-Modell, subventioniert der Staat mit Kombilöhnen niedrige Stunden- oder Monatsentgelte der Beschäftigten. Besonders Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte sollen durch Kombilöhne zu Billigarbeit gezwungen werden. Dies sind 1,56 Millionen in Westdeutschland und 640.000 in Ostdeutschland. Die

meisten von ihnen sind Sozialhilfebezieher.

Die Argumentation der Herrschenden: Wegen des geringen finanziellen Unterschieds zwischen Sozialhilfe und einer Beschäftigung im Niedriglohnssektor (Lohnabstandsgebot) sei für diese Personengruppe der Anreiz gering, einen Niedriglojob anzunehmen. Wenn wir uns darauf einlassen, lassen wir uns auf eine Spirale nach unten ein. Stattdessen gilt es gerade bei den unteren Lohngruppen massive Lohnenerhöhungen durchzusetzen. Darum sind auch Festgeldförderungen in der Tarifrunde so wichtig.

Behauptet wird, dass nach einer befristeten Förderung die Motivation der Arbeitslosen, den schlecht bezahlten Job weiterhin auszuüben, steigen würde. Warum dem so sein soll, wird uns nicht verraten. Massenarbeitslosigkeit wird dadurch nicht als strukturelles Problem des Kapitalismus, sondern als reines Motivationsproblem dargestellt, so nach dem Motto „die sind ja eh alle faul“.

Bisher gibt es in Deutschland zehn verschiedene Kombilohnmodelle. Die meisten sind regionale Miniprogramme und auf Westdeutschland beschränkt. Gerade mal 5 Konzepte können über 300 Teilnehmer verzeichnen. Eines von diesen ist das Mainzer Modell, seit Sommer 2000 ein Sonderprogramm der Bundesregierung, welches nun von Brandenburg und Nord-Rheinland-Pfalz auf ganz Deutschland ausgeweitet werden soll.

Mainzer Modell

Dass es als das Vielversprechendste von allen gepriesen wird, liegt wohl eher daran, dass die anderen Konzepte in der Auswertung noch schlechter abschnitten. Das Mainzer Modell nehmen gerade mal 800 EmpfängerInnen von Lohnersatzleistungen in Anspruch, zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Ein Fünftel der Arbeitsverträge wurde nach der



Kombilöhne beseitigen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern dienen nur der Ausdehnung des Niedriglohnssektors. McJobs werden weiter zunehmen

ersten Förderzeit von Seiten der Geldgeber aufgelöst.

Auch Arbeitsminister Riester musste den Flop zugestehen und räumte in einer Zwischenbilanz ein, dass die Erfolge „deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.“ (Der Spiegel 3/2002).

Das Modell ist befristet bis 2002 und fördert sozialversicherungspflichtige Beschäftigten mit einer wöchentlichen Mindeststundenzahl von 15 Stunden. Bei diesem Projekt wird eine anteilige oder volle Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge des Beschäftigten für drei Jahre gezahlt, wenn er/sie zwischen 320 und 870 Euro monatlich verdient. Familien erhalten zudem einen Kindergeldzuschlag in Höhe von 75 Euro.

Gemessen an 146.000 erwerbstätigen und rund zwei Millionen arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen erscheint die Inanspruchnahme der Konzepte sehr gering. Warum sollte es bundesweit mit dem Mainzer Modell anders sein? Ein Grund für die geringe Teilnehmerzahl könnten die hohen Voraussetzungen sein. Ein Beispiel: Wie soll ein Langzeitarbeitsloser als Voraussetzung für eine Förderung einen unbefristeten Vollzeitjob bekommen, wie es das PlusLohn-Konzept in Duisburg vorsieht? Am Wichtigsten ist aber: Wo millionenfach Jobs fehlen, können auch keine neuen durch Lohnsubvention geschaffen werden! Wenn niedrige Löhne Tausende von Arbeitsplätzen schaffen würden, warum ist das dann in Ostdeutsch-

land nicht passiert? Das Lohnniveau ist im Osten viel niedriger als im Westen, die Arbeitslosenquote dafür aber doppelt so hoch.

Das haben unsere „Arbeitsmarktexperten“ aber auch schon bemerkt und rechnen bei der Ausweitung des Mainzer Modells gerade mal mit ungefähr 20.000 neuen Jobs.

Schafft Lohnsubventionierung Arbeitsplätze?

Arbeitsplätze werden unterm Strich keine geschaffen. Die staatliche Förderung nicht-existenzsicherer Beschäftigung geht langfristig Hand in Hand mit einem Abbau von gut abgesicherten Vollzeitarbeitsplätzen. Im Endeffekt werden die Arbeitgeber dies nutzen, um einseitig bestehende Vollzeitarbeitsplätze in Billigjobs umzuwandeln und andererseits neue Stellen von Anfang an als flexible Billigjobs anzubieten. Statt neue Jobs zu schaffen, wird der Niedriglohnssektor ausgeweitet, dessen Existenz die Löhne insgesamt unter Druck setzen wird. Die Unternehmer lachen sich ins Fäustchen.

Man könnte jetzt einwenden: Wenn schon keine Arbeitsplätze geschaffen werden, wird ja vielleicht wenigstens die Lebenssituation der SozialhilfeempfängerInnen durch Lohnsubventionierung verbessert? Auch das ist nicht der Fall. Von einem förderungsfähigen Einkommen bei zwischen 325 und 870 Euro brutto wie beim Mainzer Modell kann nun mal niemand leben,

egal wie viel Sozialversicherungsbeiträge erlassen werden. Armut wird nicht bekämpft, sondern festgeschrieben.

Wie Arbeitslosigkeit bekämpfen?

Beim Kombilohn geht es politisch darum, Arbeitslose als faule Nutznießer der Sozialkassen darzustellen. Den Herrschenden geht es im Kern um eine weitere Umorganisation des Arbeitsmarkts im Interesse der Unternehmen. Anstatt die bundesweite Ausweitung des Mainzer Modells zu akzeptieren, sollten die Gewerkschaften die Niedriglohpolitik klar ablehnen. Anstatt Streichung der Arbeitslosenhilfe, Senkung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld und Hungerlöhne für gering Qualifizierte müssen wir Druck für eine Mindestsicherung für alle machen.

Die Gewerkschaften sollten in der beginnenden Tarifrunde die ganze Kampfkraft nutzen, um massive Lohnenerhöhungen durchzusetzen (siehe auch Seite 4). Der Tarifkampf für höhere Löhne sollte verbunden werden mit dem Kampf für eine Verteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und den Abbau von Überstunden. Im Jahr 2001 wurden 1,9 Milliarden Überstunden geleistet. Dies entspricht ungefähr 410.000 neuen Stellen. Anstatt die Arbeitslosen in staatliche Zwangsarbeit zu stecken, sollten die Unternehmer gezwungen werden, Überstunden abzubauen! ■

ATTAC – Wie weiter?

Im Jahr 2001 ist die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung in Deutschland angekommen. Seit den Demonstrationen gegen die WTO-Tagung in Seattle im Herbst 1999 breitet sich diese Bewegung über den ganzen Erdball aus und hat Hunderttausende und Millionen von Jugendlichen, ArbeiterInnen und Intellektuellen mobilisiert. Sie hat es geschafft, die neoliberale Globalisierungsideologie in die Defensive zu drängen und laut und deutlich ihren Anspruch formuliert: „Eine andere Welt ist möglich!“

ATTAC ist eine von verschiedenen Organisationen, die diese Bewegung hervorgebracht hat. In Deutschland ist ATTAC seit Sommer 2001 rasant gewachsen. Damit ist ATTAC zum derzeit wichtigsten organisierten Ausdruck der Bewegung geworden. Eine solch dynamische Entwicklung bedeutet zwangsläufig, dass ATTAC in einem ständigen Prozess der Veränderung ist. Im April wird der nächste bundesweite Ratschlag (eine Art Bundeskonferenz) stattfinden, auf der über die programmatischen Inhalte, Selbstverständnis und Struktur von ATTAC debattiert werden wird.

Von Sascha Stanic, SAV-Bundesprecher und ATTAC-Mitglied

ATTAC hat sich in Frankreich als Bewegung für die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen (Tobinsteuer) gegründet. In Deutschland als Bündnis verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NGO's) begonnen, hat sich ATTAC von Beginn an breiter mit Fra-

gen der internationalen Finanzmärkte und der Globalisierung beschäftigt. Mit den Auswirkungen der Demonstrationen von Göteborg und Genua, dem 11. September und dem Krieg gegen Afghanistan und dem Zulauf von Tausenden neuen Mitgliedern hat sich die Palette der Themen, die von ATTAC aufgegriffen werden, enorm erweitert. ATTAC-Hochschulgruppen beschäftigen sich mit Abbau und Privatisierung der Bildung, die Pläne zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme sind zu einem Schwerpunktthema geworden und nicht zuletzt spielte ATTAC eine wichtige Rolle in der Bewegung gegen den Afghanistan-Krieg.

Einige ATTAC-Mitglieder warnen vor einer thematischen Beliebigkeit und fördern, ATTAC solle sich auf ökonomische und soziale Fragen konzentrieren. Diese Konzentration ergibt sich aus der ganzen Geschichte von ATTAC, sollte aber nicht von ATTAC-Führungskreisen festgeschrieben werden. Mit dem Zulauf von neuen Mitgliedern und der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Probleme (oder alter Probleme, die eine neue Aktualität gewinnen) sollte ATTAC flexibel neue Themen behandeln und seine Aufgabe darin sehen, die tieferen ökonomischen Ursachen für gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen.

Was ist ATTAC?

ATTAC ist zweifelsfrei ein neues Phänomen. In ATTAC sind Leute zusammen gekommen, die die verschiedensten politischen Ideen und Richtungen vertreten, es ist nie die Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik. Diese Vielfalt wird von vielen als Stärke von ATTAC betrachtet. Und es ist sicher wahr,

dass ATTAC diesen rasanten Aufstieg nehmen konnte, weil eine große Offenheit besteht, verschiedene Ideen zuzulassen und zu debattieren. Also finden sich bei ATTAC GewerkschafterInnen, Friedensbewegte, 3.-Welt-AktivistInnen und SozialistInnen. Diese Vielfalt drückt den heutigen Zustand der globalisierungskritischen Bewegung aus: Die meisten wissen, wogegen sie sind, aber nicht, wofür sie sind. Ein Forum für offene Diskussionen und die Entwicklung von Ideen ist dringend nötig. Doch diese Vielfalt und Offenheit kann zu einem Problem werden, wenn sie zu Stillstand und Unverbindlichkeit führt. Die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung steht nicht still. Die TeilnehmerInnen an den Demonstrationen in Göteborg, Genua, Brüssel haben Erfahrungen gemacht und daraus politische Schlüsse gezogen. Ereignisse wie der Krieg gegen Afghanistan und der Volksaufstand in Argentinien werfen neue Fragen auf, fördern die Ausarbeitung konkreter politischer und ökonomischer Alternativen und haben die politischen Ansichten vieler ATTAC-Mitglieder verändert. Zweifelsfrei geht der Bewusstseinsprozess nach links und stellt mehr und mehr die kapitalistische Marktwirtschaft insgesamt in Frage. Wenn ATTAC nicht von den Ereignissen überholt werden will, muss es in der Lage sein, Schlussfolgerungen zu ziehen und Positionen einzunehmen – und mit diesen Positionen Handlungsfähigkeit zu erlangen.

Bündnis oder mehr?

ATTAC verbindet Elemente eines Organisationsbündnisses und einer Mitgliederorganisation. Das ist gut und richtig so. Tatsache ist aber, dass die Mehrheit der Leute, die in den ATTAC-Gruppen aktiv sind, Einzelmitglieder sind und keiner anderen Organisation angehören beziehungsweise nicht als OrganisationsvertreterInnen bei ATTAC mitarbeiten. Das bedeutet, dass die Einzelmitglieder auch ein höheres Gewicht in den ATTAC-Strukturen haben sollten als die Mitgliedsorganisationen. Es bedeutet auch, dass ein Konsensprinzip bei Entscheidungsfindungen nicht länger praktikabel ist. Ein Konsensprinzip im Sinne einer hundertprozentigen Zustimmung (beziehungsweise im Umkehrschluss der Bedingung, dass niemand ein Veto gegen einen bestimmten Beschluss vorbringt) führt im Zweifelsfall zu Lähmung und Hand-



ATTAC-Mitglieder sind ein aktiver Teil der verschiedenen Demos gegen die kapitalistische Globalisierung und haben dort die Frage der Schuldenstreichung für die armen Länder aufgeworfen

lungsunfähigkeit. Einen Konsens in Diskussionen anzustreben ist eine Sache, eine andere Sache ist es, Einzelpersonen oder kleinen Minderheiten de facto ein Voterecht einzuräumen. Das hat dann auch nichts mehr mit Demokratie zu tun. Lebendige Demokratie sollte auf aktives Handeln ausgerichtet sein. Viele ATTAC-Mitglieder stimmen zu, dass es kein Voterecht geben sollte, wollen aber auch die Einheit der ATTAC-Organisation wahren und sprechen sich deshalb gegen Entscheidungsfindung durch einfache Mehrheiten aus. Dem kann dadurch begegnet werden, dass Entscheidungen mit einer Zweidrittel- oder Dreiviertel-Mehrheit gefällt werden.

Auch auf bundesweiter Ebene müssen demokratische, verbindliche und transparente Strukturen existieren. Die Praxis, den bundesweiten Ratschlag als eine Vollversammlung aller ATTAC-Mitglieder durchzuführen, ist faktisch nicht demokratisch, da die Teilnahme von zufälligen Faktoren abhängt (zum Beispiel von der örtlichen Nähe zum Tagungsort), so dass eine repräsentative Teilnahme nicht zu gewährleisten ist. Während solche Versammlungen für alle ATTAC-Mitglieder zugänglich sein sollten und auch das Rede-recht nicht eingeschränkt werden sollte, sollten doch nur Delegierte abstimmungs-berechtigt sein. Dazu muss ein Delegiertenmodell gefunden werden, das den Regionalgruppen entsprechend ihrer Mitgliederzahl das größte Gewicht gibt und den Mitgliedsorganisationen auch eine Vertretung garantiert. Hierbei sollten alle Mitgliedsorganisationen berücksichtigt werden und nicht nur solche mit bundesweiter Präsenz (denn faktisch ist es so, dass einige kleinere Organisationen eine aktivere Rolle bei ATTAC spielen als so manche größere Mitgliedsorganisation).

Politische Ausrichtung

Der bundesweite Ratschlag wird

auch die Erneuerung der ATTAC-Grundsatzklärung diskutieren. Dies muss vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftlichen Situation geschehen. Krieg, Abbau demokratischer Rechte und die Folgen der Weltwirtschaftskrise müssen dabei ihren Niederschlag finden und zu einer Zuspitzung der ATTAC-Programmatik führen. In diesem und den nächsten Jahren werden weitere Länder wirtschaftlichen Zerfall und Staatsbankrott erfahren, wie zurzeit Argentinien. Auch in der Bundesrepublik wird es zu Betriebs-schließungen und Sozialkürzungen als Folge der Rezession kommen. Solche Ereignisse werden zweifelsfrei zu Widerstand führen. An diesem Widerstand sollte ATTAC sich beteiligen und ihn mitgestalten.

Als SozialistInnen sind wir der Überzeugung, dass es im Rahmen des Kapitalismus keinen Ausweg aus der Spirale von Krisen und Kriegen geben kann und dass die Marktwirtschaft überwunden werden muss, um eine Welt zu schaffen, in der die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite der Banken und Konzerne. Für sozialistische Ideen treten wir in allen Bewegungen, den Gewerkschaften und sozialen Kämpfen ein. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die Mehrzahl der Leute, die heute bei ATTAC aktiv sind, noch keine sozialistischen Schlussfolgerungen gezogen haben. Während wir einerseits dafür eintreten, die Diskussion über eine Systemalternative innerhalb von ATTAC zu verstärken, sind wir gleichzeitig der Meinung, dass die Zeit gekommen ist, in der ATTAC-Programmatik weitergehende Fragen aufzuwerfen und Forderungen zu den drängendsten Problemen von Arbeitslosigkeit und Privatisierungen aufzustellen. Deshalb haben SAV-Mitglieder unten stehenden Vorschlag für eine neue ATTAC-Grundsatzklärung erarbeitet und stellen ihn zur Diskussion. ■

Ihr da oben ...



Enron I.

Die fünf Pleitebuchstaben stehen für den größten Unternehmensbankrott in der Geschichte der USA. Der Energie-Gigant Enron zählte 20.000 Beschäftigte. Das Unternehmen war einst der Stern am Himmel der Liberalisierungsgewinner. Jetzt ist es nur noch ein leuchtendes Beispiel für das Versagen der deregulierten Marktwirtschaft.

Von über 90 Dollar ist der Preis der Enron-Aktie auf weniger als 70 Cent abgerutscht. Die Kleinaktionäre traft die Pleite wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Unternehmensleitung hatte einfach jahrelang die Bilanzen geschönt. Gewinne zu hoch angegeben und Schulden verschwiegen. Alle machten bei dieser Verschleierversäumnis mit. Regierungsvertreter, die über die wahre Lage informiert worden waren, hielten dicht. Buchhalter ließen sogar belastendes Material noch Wochen nach dem Konkursantrag in den Schredder wandern. Das obere Management nutzte dagegen ihr Insiderwissen, um ihre Aktienoptionen von über einer Milliarde Dollar rechtzeitig an der Börse loszuwerden.

Das Resümee der Süddeutschen Zeitung: „Dieser Konkurs ist nicht zeitig, das Vertrauen in die kapitalistische Ordnung zu stärken“ (14.1.02).

Enron II.

Die Enron-Pleite wirft ein grelles Schlaglicht auf die Verfälschung von Politik und Wirtschaft.

US-Präsident Bush stand jahrelang praktisch auf der Gehaltsliste von Enron. Der Konzern und sein Chef Kenneth Lay, den Bush kumpelhafte als „Kenny Boy“ zu bezeichnen pflegt, spendeten im Laufe der Jahre 550.000 Dollar an Bush. Weitere 100.000 Dollar seines Kumpels durfte Bush bei seiner pompösen Amtseinführung verpulvern.

Die im Fall Enron ermittelten strafrechtlichen Ermittlungen können wegen Befangenheit nicht von Justizminister John Ashcroft geleitet werden – er hatte im Senatswahlkampf ebenfalls 57.000 Dollar von Enron und Lay erhalten. Auch an andere hohe Tiere der Bush-Administration, darunter Vize-Präsident Dick Cheney, wurden Gelder des Konzerns verteilt.

Das alles natürlich keineswegs selbstlos: In vier von fünf Jahren vor dem Jahr 2000 brauchte der Konzern keinen Cent Einkommensteuer zu zahlen. Als Gouverneur von Texas unterzeichnete Bush Gesetze zur Deregulierung des Energiemarktes, den sich Enron dadurch unter den Nagel reißen konnte. Das energiepolitische Konzept von Bush, das wegen seiner Umwelt-schädlichkeit weltweit für Aufsehen sorgte, wurde bei sechs Treffen zwischen Cheney und Enron-Vertretern ausgeklügelt.

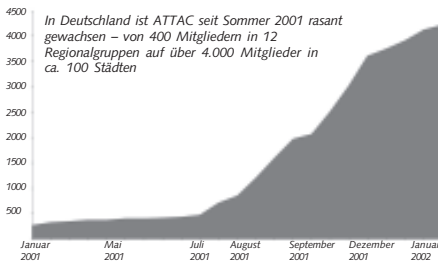
Enron III.

Die Pleite von Enron zeigt auch, was die Privatisierung der Renten, die durch Riesters Rentenreform nun ja auch in Deutschland begonnen worden ist, für Folgen haben kann. Tausende von Enron-Angestellten hatten ihre Ersparnisse zur Alterssicherung in Aktien ihrer Firma angelegt. Die sind jetzt nichts mehr wert. Die Angestellten sind nun also nicht nur ihren Job, sondern auch noch ihre Altersversorgung los.



... wir hier unten

Mitgliederwachstum



Vorschlag für eine ATTAC-Grundsatzklärung

Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft*

*Dies ist ein erster Vorschlag von SAV-Mitgliedern für die weitere Diskussion

Die internationalen Banken und Konzerne und die von ihnen dominierten Finanzmärkte sind eine Macht, die die Politik weitgehend bestimmen kann. Immer mehr Lebensbereiche geraten unter das Diktat von Kapital, betriebswirtschaftlicher Rendite, shareholder value, Dax und Dow Jones. Im Namen einer Modernisierung, die als unabänderlicher Sachzwang präsentiert wird, untergraben Multis und Finanzmärkte demokratische Rechte. Mit der Drohung, auf einen anderen „Standort“ oder eines der Steuerparadiese und Off-shore-Bankzentren auszuweichen, versuchen internationale Finanzkonzerne und KapitalbesitzerInnen die Öffentlichkeit zu erpressen und die Politik gewählter Regierungen ihrer Disziplin zu unterwerfen.

Mit Devisen-Transaktionen von 1.500 Milliarden Dollar pro Wochentag, wovon der größte Teil auf Geschäfte mit spekulativem Charakter entfällt, ist eine neue Qualität internationaler Wirtschaft entstanden. Doch die grenzenlose Freiheit der Kapitalflüsse führt zu einer wachsenden Instabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in immer kürzeren Abständen in Krisen entlädt. Durch Finanzcrashs und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert, verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz und wird die Mehrheit der Bevölkerung in Armut gestoßen. Die Behauptung, die kapitalistische Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht bewährt. Während eine kleine Gruppe von Globalisierungsgewinnern immer reicher und mächtiger wird, wachsen weltweit soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Armut. Die Kluft zwischen und innerhalb von Industrieländern und Entwicklungsländern wird immer größer. Die Lösung brennender ökologischer Probleme wird verschleppt. Im Interesse von Unternehmen und Kapitalbesitzer wird der Abbau der sozialen

Sicherungssysteme betrieben.

Wir brauchen eine andere Politik für eine andere Welt!

Doch diese Art der Globalisierung ist nicht schicksalhaft und unaufhaltbar. Als Folge der wirtschaftlichen Krise Anfang der 70er Jahre suchte das Kapital mangels profitabler Anlagemöglichkeiten im produktiven Bereich mehr und mehr sein Heil in Spekulationen oder versuchte durch massive Privatisierung öffentliche Betriebe unter den Nagel zu reißen und sinkende Profitraten über schärfere Ausbeutung auszugleichen. Dem stellte sich die staatliche Politik des Neoliberalismus in den Dienst.

Wir setzen uns dagegen für eine demokratische, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung unseres Planeten ein.

Nach dem 11. September 2001 hat eine gefährliche Entwicklung hin zu Kriegen und dem Abbau demokratischer Rechte eingesetzt. Diese zu stoppen und rückgängig zu machen ist wichtiger Bestandteil unserer Zielsetzung.

Dazu ist allerdings gesellschaftliche Bewegung von unten notwendig. Um erfolgreich zu sein, muss dieser Druck national und international organisiert sein, beispielsweise in enger Zusammenarbeit mit den ATTAC-Bewegungen in vielen Ländern und mit anderen Organisationen und Bewegungen, vor allem auch den Gewerkschaften. Nur dann ist eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen gegen die Interessen der Wirtschaft möglich. Eine Bewegung für die demokratische Kontrolle der Wirtschaft muss vielfältige Aktionsformen nutzen, von der Aufklärungsarbeit für Öffentlichkeit und Medien über gezielte Kampagnen bis zu breiten Massenmobilisierungen für wirksamen Protest und Widerstand. ■

Vorschlag für Forderungen bei ATTAC:

- die Einführung einer drastischen Steuer auf internationale Finanztransaktionen
- drastische Erhöhung der Steuern auf Kapitaleinkünfte und große Vermögen
- eine Einkommensteuer mit starker Progression auf hohe Einkommen
- Schließung der Steuerparadiese und Off-shore-Bankzentren
- Die Öffnung der Geschäftsbücher und Abschaffung von Bank- und Steuergeheimnis
- Nein zu jeglicher Form von Sozial-, Bildungs- und Arbeitsplatzabbau
- Für eine Mindestabsicherung (in Deutschland 1.050 Euro monatlich), die sicher stellt, dass weltweit kein Mensch mehr in Armut leben muss
- Für die deutsche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich (in Deutschland die 30-Stunden-Woche als ersten Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Verteilung der gesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Arbeit auf alle)
- Keine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme
- Ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen und Altenpflege
- Stopp aller Privatisierungen und Rückführung privatisierter Bereiche in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Überführung in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung von solchen Betrieben, die Massenentlassungen oder Betriebs-schließungen planen, Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit
- Sofortige und komplette Schuldenstreichung für die armen Länder
- Schluss mit der Zinszahlung an Banken aus öffentlichen Haushalten auch in der Bundesrepublik
- Für die Auflösung der kapitalistischen Institutionen WTO, IWF und Weltbank
- Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Nein zum Abbau demokratischer Rechte und für die Rücknahme der sogenannten „Anti-Terror-Gesetze“

ErstunterzeichnerInnen des Vorschlags: Gaetan Kayitare, Aachen; Sascha Stanic, Tommy Lindqvist, Katja Raetz, Doreen Ullrich (Bundesprecherin von widerstand international), Berlin; Sylja Kahl, Lucy Redler, Sue Powell, Jörn Kroppach, Hamburg; Lorenz Blume, Kassel; Claus Ludwig (Mitglied im ATTAC-Ko-Kreis Köln); Timette Schnatterer, David Matrai, Stephan Kimmerle, Stuttgart (alle Mitglieder bei SAV und ATTAC)

Spartentarifvertrag

7 Wochen Streik von BusfahrerInnen

Busfahrer privater Busbetriebe verdienen 30 Prozent weniger als ihre KollegInnen, die im Öffentlichen Dienst noch nach dem Flächentarifvertrag (BAT/BMT-G) bezahlt werden. Zeit, das sich endlich was ändert. 7 Wochen haben die 220 BusfahrerInnen der Firma Rhein-Bus in Düsseldorf deshalb gestreikt.

Der private Busbetreiber Rhein-Bus gehört zur Taeter-Gruppe. Taeter gehört Connex. Und Connex ist die Verkehrssparte des französischen Konzerns Vivendi. Dieser global player versucht im Rahmen von Liberalisierung und Privatisierung immer mehr ins Geschäft zu kommen und dabei die Löhne zu drücken.

Von Ursel Beck, Köln

Streikziel bei Rhein-Bus war deshalb der Spartentarifvertrag für den öffentlichen Verkehr. Dieser Tarifvertrag bedeutet für die FahrerInnen auf privatisierten Linien zwar eine Verbesserung gegenüber den jetzigen Tarifen. Der Abstand zu den BusfahrerInnen, die im Öffentlichen Dienst nach BAT/BMT-G arbeiten, ist aber immer noch sehr groß.

Um diesen Abstand zu beseitigen, will die ver.di-Führung die Löhne in den öffentlichen Verkehrsbetrieben auf das Niveau des Spartentarifvertrags absenken. Es wird argumentiert, dass durch die Absenkung im Öffentlichen Dienst und eine beabsichtigte Anhebung

bei den privaten Busbetrieben ein einheitlicher Tarif für die gesamte Sparte möglich wäre. Damit würde Lohndumping gestoppt. Für die BusfahrerInnen der städtischen Verkehrsbetriebe würde das eine Absenkung der Löhne um gut 250 Euro, Wegfall des Kinderzuschlags und Wegfall von bis zu 11 freien Tagen im Jahr bedeuten. In den öffentlichen Verkehrsbetrieben gibt es deshalb Unmut und auch Widerstand und Gewerkschaftsaustritte.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Das Ziel von ver.di müsste sein, bei den privaten Busbetrieben auf das Niveau des BAT/BMT-G zu kommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – aber Angleichung auf dem höchsten Niveau. Dieser gewerkschaftliche Grundsatz müsste die Politik von ver.di bestimmen.

Gewerkschaften, die freiwillig erkämpfte Standards aufgeben, zeigen, dass sie nicht kämpfen wollen. Dadurch werden die Unternehmer immer dreister. Und so ist es auch kein Wunder, dass der Verband der Nordrhein-Westfälischen Omnibusunternehmen im November 2001 – nach fast 2 Jahren ergebnislosen Verhandlungen mit der ÖTV/ver.di – die Verhandlungen abgebrochen hat und mit der völlig bedeutungslosen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) einen Tarifvertrag für die privaten Busbetriebe abgeschlossen hat, der den alten miserablen Ver-

trag weiterführt.

In Leipzig haben die privaten Busbetreiber sogar mit irgendeinem „Verein“ die Tariflöhne der BusfahrerInnen von 7,29 auf 6,06 Euro Brutto-Stundenlohn gesenkt und Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen. Nachdem ver.di auf diese Weise von den Arbeitgebern immer mehr kaltgestellt wurde, wurden die Kampfmaßnahmen bei Rhein-Bus eingeleitet.

Solidarität

Der Streik wurde aber von Anfang nicht so geführt, dass er zu einem vollen Erfolg hätte werden können. Erst nach 6 Wochen Streik bei Rheinbus wurden zaghafte „solidarische Warnstreiks“ in anderen Städten organisiert und weitere Urabstimmungen geplant. Obwohl ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske gegenüber den Streikenden auf die große Bedeutung des Streiks hinwies und Unterstützung der ganzen Organisation versprach, gab es weder eine landes- noch eine bundesweite Kampagne zur Unterstützung der KollegInnen von Rhein-Bus. Eine solche Kampagne zur Streikunterstützung wäre auch die passende Antwort gewesen gegen die Forderung von Unternehmern und Regierung, den Niedriglohnssektor auszuweiten. In der ersten ver.di-Mitgliederzeitung, die im Januar herauskam, wurde ein Streikbericht auf den Regionalteil verbannt.

Nachdem endlich nach 6 Wochen Streik bei Rhein-Bus die Ausdehnung des Streiks auf andere Städte

geplant war und Urabstimmungen stattfinden sollten, wurde der Streik beendet.

Kräftige Lohnerhöhung

Das erklärte Ziel Spartentarifvertrag wurde nicht erreicht. ver.di selbst redet von einem Durchbruch beim Streikergebnis. Dabei wurde ein Haustarifvertrag für die Taeter/Connex-Betriebe erreicht. Andere private Busbetriebe können weiterhin nur Tarife von 8,13 bis 9,42 Euro Brutto-Stundenlohn bezahlen. Und selbst der erkämpfte Taeter-Haustarifvertrag ist nicht identisch mit dem Spartentarifvertrag. Ver.di spricht von einem „Einstieg in den Spartentarifvertrag“. Rhein-Bus-FahrerInnen bekamen bisher 1.480 Euro im Monat. Nach dem Streik werden es immerhin 1.660 Euro sein. Deshalb war der Streik der Rhein-Bus-Beschäftigten ein Erfolg. Der Streik zeigt aber auch, dass die Strategie der ver.di-Führung in Sachen Spartentarifvertrag eine Katastrophe ist. Die Behauptung von ÖTV/ver.di-Funktionären, die Einführung des Spartentarifvertrags bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben würde die Bedingungen für dessen Durchsetzung bei den Privaten verbessern, erweist sich als völlig falsch. Stattdessen bestätigt sich die historische Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung. Die kampflöse Aufgabe erkämpfter Standards und Rechte führt nur dazu, dass die Unternehmer immer unverschämter werden. ■

Tarifrunde 2002

Unternehmerprovokation zurückschlagen

0,9 bis 1,8 Prozent und dazu noch Öffnungsklauseln. Das ist das Forderungspaket der Unternehmer für die Tarifrunde 2002. Gleichzeitig verlangen sie eine weitere Ausdehnung von Zeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge, Heraufsetzung des Rentenalters und eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern.

Der IGM-Vorsitzende Klaus Zwickel spricht zu recht davon, dass dies ein „dreister und unverschämter Forderungskatalog“ sei. Der Metallarbeitgeberverband hat sogar damit droht, als Reaktion auf höhere Lohnabschlüsse bis zu 150.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Die Unternehmer haben längst begonnen, die Krise ihres Systems durch Lohnraub, Sozialabbau und Entlassungen auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Aber wo bleibt die entsprechende Antwort der IGM-Führung? Es ist an der Zeit zurückzuschlagen. Die Gewerkschaften müssen endlich kämpfen und auf Streik orientieren.

Unser Programm

- 250 Euro für alle
- Volle tarifliche Gleichstellung der Ost-KollegInnen
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ohne Rentenabschlag oder Lohnverzicht
- Keine Kompensationsgeschäfte bei Arbeitszeitregelungen, Zuschlägen oder sonstigen tariflichen Erzeugnissen
- Nein zur Durchlöcherung von Flächentarifverträgen. Nein zu schlechteren Branchen- oder Haustarifverträgen. Keine Öffnungsklauseln
- 1-jährige Laufzeit von Tarifverträgen
- Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- Rücknahme aller unter Kohl durchgeführten Verschlechterungen des Paragraphen 116 AFG
- Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik
- Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften. Vorziehen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes und aller anderen Tarifrunden mit längeren Laufzeiten
- Demokratische innergewerkschaftliche Diskussion und Entscheidung über alle Fragen der Tarifauseinandersetzung
- Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung in einer Urabstimmung
- Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für Funktionäre. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder
- Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition als politische und personelle Alternative zur heutigen völlig abgehobenen Gewerkschaftsführung

Berlin

Proteste gegen SPD/PDS-Senat

Pfeifen, Trommeln, Rasseln – dies ist nicht Karneval, sondern die Demonstration der KollegInnen vom Uniklinikum Benjamin Franklin vor dem SPD-Parteitag. „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie nicht Ihren Arzt. Rot/Rot übernimmt volle Verantwortung“, „Rot-Rot macht das Klinikum tot“, „Wir lassen uns nicht fressen“ – die KollegInnen und StudentInnen machen klar: So einfach ist der Plan der Berliner Regierungsparteien, das Klinikum in ein Regelkrankenhaus umzuwandeln und die FU-Medizin ganz zu schließen, nicht durchzusetzen.

SPD und PDS haben massive Kürzungen beschlossen: Durch die Umwandlung des Benjamin-Franklin-Klinikums sollen 97 Millionen Euro für Forschung und Lehre weggelassen, damit sind 5.000 Stellen gefährdet. Die Hälfte der städtischen KiTas soll privatisiert werden, 12 Schwimmhallen geschlossen werden. Insgesamt sollen im Öffentlichen Dienst 1 Milliarde (!) Euro eingespart werden.

Bereits am 5.12. gab es eine ver.di-Demo mit 10.000 Teilnehmern, am 12.12. eine GEW-Demo mit 4.000 GewerkschafterInnen. Die Klinikum-Beschäftigten haben bereits vier Demonstrationen im Januar organisiert und 61.000 Unterschriften gesammelt. Gleichzeitig protestieren SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen gegen die Kürzungen im Jugendbereich.

Jetzt kommt es darauf an, den Widerstand zusammen zu fassen. Nötig ist ein berlinweiter Streik- und Protesttag aller von Kürzungen Betroffenen. Dies zu organisieren wäre eigentlich die Aufgabe der Gewerkschaften. Doch wenn ein ver.di-Vorsitzender mehr verdient als ein Regierender Bürgermeister, können wir nicht erwarten, dass er unsere Interessen vertritt. Darum müssen wir selber von unten mit Protestaktionen beginnen und gleichzeitig für eine Opposition in den Gewerkschaften eintreten.

Katja Raetz, Berlin

§ 116 AFG

Verschlechterung rückgängig machen!

Der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bestimmte bis 1986, dass kalt ausgesperrte ArbeiterInnen arbeitslos- beziehungsweise Kurzarbeitergeld bekommen. Von kalter Aussperrung spricht man, wenn Unternehmer außerhalb eines bestreikten Tarifbezirks Produktionsstopps mit Streiks begründen und die Beschäftigten aussperren, sprich arbeitslos machen.

Als im April und Mai 1984 die Drucker und Metalller für die 35-Stunden-Woche in Streik traten, reagierten die Unternehmer sofort mit Aussperrung. Trotz eindeutiger Rechtslage durch den § 116 AFG verfügte der damalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, den berüht-berichtigten Franke-Erlass: „Arbeitnehmer, die außerhalb der unkämpften Tarifgebiete arbeitslos (...) werden, erhalten kein Kurzarbeitergeld.“ Die Herrschenden spekulierten darauf, dass die kalt Ausgesperrten von der Gewerkschaft kein Streikgeld bekämen und deshalb den Abbruch des Streiks verlangen würden. Beziehungsweise, wenn die Gewerkschaft allen Streikgeld bezahlte, dass die Streikkasse bald leer wäre und auch für diesen Fall der Streik schnell abgebrochen werden müsste. In Wirklichkeit goss der Franke-Erlass Öl ins Feuer und stärkte die Kampfmoral der Drucker und Metalller. Es kam zu mächtvollen Demonstrationen gegen Aussperrung. Die IG Metall klagte vor den Sozialgerichten und bekam Recht. Die Arbeitsämter mussten zahlen.

Gesetzesänderung

Die Revanche blieb nicht aus. Sie kam 1985/86 in Form einer Änderung des § 116 AFG durch die Kohl-Regierung. Die Wut in den Betrieben kochte damals hoch und entlud sich in Demonstrationen während der Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsführung lehnte es jedoch ab, die Kampfmittel bis hin zu gänzlichen poli-

tischen Arbeitsniederlegungen zu steigern. Dadurch hätte die Kohl-Regierung in die Knie gezwungen werden können. Stattdessen reduzierte die IGM-Führung und der DGB die Kampfmittel auf eine innergewerkschaftliche Abstimmung. Das erlaubte der Kohl-Regierung schließlich, den § 116 AFG nach den Wünschen der Unternehmer zu ändern. Seither gilt, dass ArbeiterInnen, die infolge eines Streiks ausgesperrt werden, nirgends mehr Geld vom Arbeitsamt bekommen. Das ist eine eindeutige Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Unternehmer auf juristischer Ebene.

Gleichzeitig ist es falsch, wenn die IG-Metall-Führung die Verschlechterung des § 116 AFG als Gesetz zur „Herstellung der Streikunfähigkeit“ bezeichnet. Vielmehr muss es zu einer Änderung bisheriger Streiktaktiken weg von Schwerpunktstreiks kommen. Dies war in der Vergangenheit bereits ein Fehler und wird durch die neue Gesetzeslage zu einer Katastrophe. Die erfolgreichste Streiktaktik besteht darin, die Unternehmer so schnell wie möglich bundesweit massiv zu treffen. Das schafft auf Seiten der Streikenden das Bewusstsein für die eigene Stärke und schwächt die Unternehmer ökonomisch am meisten.

Die Forderung nach Rückgängigmachung der Verschlechterung des § 116 AFG muss gleichzeitig auf-rechterhalten werden. Vor der Bundestagswahl und kurz danach haben IGM und DGB an die SPD diese Forderung gestellt. Doch inzwischen ist es still geworden. Und die SPD denkt nicht daran, ihr diesbezügliches Wahlversprechen einzulösen. Schröder verlangt niedrige Lohnabschlüsse in der diesjährigen Tarifrunde. Er wird darauf setzen, dass Kohls Angriff auf die Streikfähigkeit ihm dabei hilft, die Profitinteressen der Unternehmer in der Tarifrunde 2002 durchzusetzen. Machen wir ihm und den Bossen einen Strich durch die Rechnung! ■



1984 Mehrwöchige Streiks der Drucker und Metalller in den Monaten April bis Juli für die 35-Stunden-Woche. Am 28.5. demonstrieren in Bonn mehr als 230.000 Gewerkschaftsmitglieder gegen Aussperrung.

1985 Mehr als 1 Million Beschäftigte demonstrieren im Oktober gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und die geplante Verschlechterung des § 116 AFG.

1986 Am 5.2. erste Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag. Trotz angedrohter Repressalien durch die Unternehmer folgen 500.000 Beschäftigte dem Aufruf der IG Metall und anderer Gewerkschaften, legen die Arbeit nieder und versammeln sich zu Protestdemos. Am 6.3. demonstrieren mehr als 1 Million auf über 200 DGB-Kundgebungen während der Arbeitszeit. Im April lehnen 7,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder per innergewerkschaftlicher Abstimmung die geplante Änderung des § 116 AFG ab.



Bildungsmisere

Für eine sozialistische Bildungspolitik

In den letzten Jahren hat es eine ganze Reihe von Protesten gegen Bildungsabbau, Elitebildung, Studiengebühren und den steigenden Einfluss der Wirtschaft auf unsere Bildung gegeben. In einigen dieser Protestaktionen wie den Jugendstreiktag in Bremen, den Kampf gegen die Oberstufenreform in Stuttgart oder in Berlin hat die SAV eine wichtige Rolle gespielt. Während wir gezwungen sind uns gegen die Angriffe und schlechenden Verschlechterungen zu wehren, ist es gleichzeitig wichtig zu erkennen, dass es Bildung so wie wir sie uns vorstellen im Kapitalismus nicht geben kann.

Von **Tinette Schnatterer, Stuttgart**

Genau wie alle anderen Bereiche untersteht Bildung im Kapitalismus der Profitlogik, den Profitinteressen einzelner Weniger. So haben sich fast alle Bewegungen der letzten Jahre auch gegen den steigenden Einfluss der Wirtschaft auf Bildung und Lerninhalte gerichtet. Zum einen soll heute nur gelernt werden, was nachher von Nutzen für Konzernchefs ist und sich profitabel verwerten lässt, zum anderen werden wir auf das Leben in einer Klassengesellschaft vorbereitet. Wir sollen lernen, Autoritäten ungefragt zu akzeptieren, eigene Bedürfnisse hinten anzustellen, uns ungefragt von anderen den Tag verplanen zu lassen. Solidarität unter MitschülerInnen ist nicht gefragt. Ellenbogendenken und Konkurrenz dominiert.

Gleichzeitig wird die Schule auch genutzt, um uns von der Richtigkeit und Unveränderbarkeit des kapitalistischen Systems zu überzeugen, dass es sich nicht lohnt, sich zu wehren und alle vier Jahre ein Kreuzchen machen das einzig legitime Mittel ist seine Meinung zu äußern.

Die aktuelle PISA-Studie, die einen Aufschrei in den deutschen Medien erzeugt hat, macht noch einmal zwei Dinge deutlich. Zum einen, dass es heute keine gleichen Bildungschancen gibt, sondern die soziale Herkunft eine wichtige Grundlage für unseren Schulabschluss ist. Und zweitens, dass die Bürgerlichen selbst erschrocken sind über die Folgen ihrer Politik und keine Lösung zur Hand haben.

Sozialismus

Demgegenüber kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der Schluss ist mit den Profitinteressen einer kleinen Minderheit, für eine geplante Wirtschaft unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten.

Der Sozialismus ist nicht mehr die Diktatur einer Minderheit und deshalb wird auch das Bildungssystem ganz anders aussehen. Es wird grundlegend die Aufgabe der Bildung sein, Menschen in die Lage zu bringen, ihr eigenes Leben zu bestimmen und zusammen mit anderen Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem gemeinsamen Interesse zu organisieren. Deshalb kann und muss das Bildungssystem den Kindern und Jugendlichen nicht von oben verordnete Lehrpläne aufzwingen, sondern sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Kinder haben das Bedürfnis, die Welt um sie herum zu verstehen, wenn man daran anknüpft, wird es nicht mehr nötig sein die Kinder mit Schulpflicht, Strafarbeiten, Noten etc. zum Lernen zu zwingen.

Polytechnische Bildung

Außerdem könnten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, die Arbeitswelt kennen zu lernen, was keineswegs als Kinderarbeit zu verstehen ist, sondern als Recht der Jugend, Einblick in die Produktion zu bekommen.

Die künstliche Trennung von Arbeiten und Lernen, von Kopf- und Handarbeit muss aufgehoben werden. Das ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, bekannt wurde das unter der Bezeichnung Polytechnische Bildung. Das bedeutet zum einen, dass die Aufteilung des Lebens in eine kurze Schulzeit und dann eine jahrzehnte lange Phase des Arbeitens bis zur Rente aufgehoben wird und stattdessen die Möglichkeit für lebenslanges Lernen geschaffen wird. Zum anderen bedeutet polytechnisches Lernen, dass das Lernen nicht isoliert vom wirklichen Leben einschließlich der Arbeitswelt stattfindet. Das heißt, dass man nicht mehr entweder studiert, wie die Maschinen funktionieren oder sie vor der Nase hat, sondern das eine mit dem anderen zusammenbringt.

Heute wäre es vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und Produktion her möglich, über radikale Arbeitszeitverkürzung Leute lange genug für die Fort- und Weiterbildung von der Produktion freizustellen. Das wäre sinnvoll für eine Gesellschaft, die sich stets weiterentwickeln möchte und könnte enorme Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung haben.

Russische Revolution

Die russische Revolutionärin und Lebensgefährtin Lenins Krupskaja, berichtete darüber, wie schnell Bildung von einem Zwang zu einem Bedürfnis wurde, nachdem das zaristische System durch die Oktoberrevolution 1917 in Russland gestürzt worden war: „So-

bald die Selbstherrschaft gestürzt war, drängten die Arbeiter nach Wissen. (...) Jedes Werk, jede Fabrik richtete sich eine eigene Bibliothek ein, stellte einen eigenen Bibliothekar ein, eröffnete seine eigene Schule und einen eigenen Klub. Diese ganze Kultur- und Bildungsarbeit wurde mit großer Energie von den Arbeitern selbst geleistet“ (1918, Materialien zur Überprüfung des Parteiprogramms).

Heute stünden uns nach einer Revolution noch viel mehr Möglichkeiten zur Verfügung. Allgemein entwickelten sich nach der Russischen Revolution viele gute Ansätze: Schüler selbstverwaltungen, Wählbarkeit der LehrerInnen, Koedukation (gemeinsamer Unterricht für Mädchen und Jungen), Ansätze, die dann durch das Erstarken der Bürokratie aber in den Ansätzen stecken blieben beziehungsweise durch den Stalinismus bewusst wieder bekämpft wurden.

Heute ist es nötig, den Kampf gegen Kürzungen und Verschlechterungen zu führen, und dabei zu erklären, dass Bildung im Kapitalismus immer den Interessen der Konzernchefs, den Profitinteressen folgt. Die bestimmen heute darüber, wer wie viel und was lernen darf. Gleichzeitig müssen wir erklären, dass wirklich freie Bildung für alle nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist.

Hamburg

Antikriegsproteste gehen weiter

Am 19. Dezember fand in Hamburg eine Demo gegen den Krieg, die Beteiligung deutscher Soldaten in Afghanistan und den Abbau demokratische Rechte hierzulande statt.

Dazu hatte das stadtweite Anti-Kriegs-Komitee aufgerufen, das sich Mitte November auf Initiative der Aktionsgruppe „Frieden“ der SchülerInnenkammer und wi! gegründet hatte. In dem Komitee sind SchülerInnen aus über 20 Hamburger Schulen und einige StudentInnen aktiv. Auch die SAV war von Anfang an am Aufbau beteiligt. Trotz der massiven Propaganda, nach welcher der Krieg gewonnen und beendet sei und trotz des schlechten Wetters waren es ungefähr 800 Jugendliche, die laut und entschlossen in der Innenstadt demonstrierten. Begleitet wurde die Demo von mehreren Hip-Hop-Freestyle-Sessions und unzähligen StudentInnen und SchülerInnen, die das offene Mikrofon nutzten. Viele



Schülerproteste in Stuttgart am 11. 3. 97. Der Kampf gegen Bildungskläu muss mit dem Kampf gegen die Kapitalinteressen der Unternehmer verbunden werden

Um dahin zu kommen, ist es heute nötig, dass die Jugend und die Arbeiterklasse gemeinsam kämpft; SchülerInnen und StudentInnen gemeinsam mit LehrerInnen, aber auch anderen Beschäftigten. In der StudentInnenbewegung 1997/98 hat es bereits Ansätze gegeben, auf die Gewerkschaften zuzugehen.

Nur so haben wir eine Chance, mehr zu erreichen, als nur Sparmaßnahmen zu verhindern.

reagierten spontan, um ihre Wut gegen die da oben verbal aus zu lassen. Auch eine Genossin von der SAV konnte eine Rede halten, in der sie die Notwendigkeit, sich zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen, verdeutlichte.

Das Anti-Kriegs-Komitee trifft sich auch weiterhin in Hamburg, um gegen Krieg und für den Erhalt von demokratischen Grundrechten zu mobilisieren. Nur politischer Widerstand kann Kriege stoppen (wie beim Vietnamkrieg)!

Wenn du dich ebenfalls anschließen willst, um Protest zu organisieren, dann komm' zu einem unserer Treffen, das jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr in der Schülerkammer Hamburg stattfindet.

Infos unter: 0178/2068489 oder 040/8796421 (David).

Julia Altenburger, Hamburg



gendliche verwendet werden, die sich gegen Sozialkürzungen organisieren.

Hintergrund Standortlogik

Die Kommunen befinden sich in der Krise. Im Moment fehlt das Geld für dringend notwendige Reparaturen von Schulgebäuden und überall werden neue Kürzungen im sozialen Bereich, bei Bildung und Kultur angedroht. Mit der Wirtschaftskrise verschärft sich diese Entwicklung weiter.

Trotz der Gewinne in den letzten Jahren lehnten die Verantwortlichen es ab, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Dahinter steht die so genannte Standortlogik. Mit Steuergeschenken und Subventionen soll der Standort für Investoren attraktiver gemacht werden. Auch mit dem Bau von riesigen Prestigeobjekten soll die Stadt Unternehmer anziehen. In dieses Stadtbild passt keine Subkultur und für alternative Kunstprojekte ist angelegentlich kein Geld in der Kasse.

Was dabei aber wirklich passiert ist, dass die Kommunen gegeneinander ausgespielt werden. Die Kosten für die Krise und die Standortpolitik zahlen wir, Jugendliche, Beschäftigte, Arbeitslose...

Für sozialistische Kommunalpolitik

Entschlossene Gegenwehr ist nötig, egal ob gegen den Abriss der Hall of Fame, die Privatisierung der Müllabfuhr oder höhere Kindergartengebühren.

Eine massive Erhöhung der Gewerbesteuer wäre ein erster Schritt, um Geld in die Gemeindekassen zu bringen. Und wir müssen gemeinsam kämpfen, die Gewerkschaften sind die potenziell stärkste Kraft, deshalb treten wir für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein und für den gemeinsamen Kampf von Jugendlichen und Beschäftigten.

Erst in einer sozialistischen Gesellschaft, die nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht mehr nach Profitinteressen funktioniert, wird sich auch Kunst völlig frei entwickeln können – ohne die Schranken von Illegalität und fehlenden Mitteln.

wil-Mitglieder, Stuttgart

Mach mit bei widerstand international!

widerstand international! – gegen die Macht der Banken und Konzerne! ist Teil der internationalen Jugendorganisation International Socialist Resistance (ISR), die am 15. Dezember 2001 in Brüssel aus der Taufe gehoben wurde. In Deutschland existieren bereits in mehr als zehn Städten aktive Gruppen.

Wir verstehen uns als Teil der antikapitalistischen Bewegung und haben nach Göteborg, Genua und Brüssel mobilisiert. In Berlin konnte wir gemeinsam mit anderen zum Beispiel einen Schülerstreik gegen den Krieg in Afghanistan mit 5.000 Leuten organisieren. In Stuttgart organisieren wir derzeit eine Kampagne gegen den Abriss einer Hall of Fame (siehe Artikel). Wir planen eine Kampagne gegen Privatisierung von Bildung und wollen einen internationalen Aktionstag gegen das Treffen der EU-Bildungsminister in Spanien durchführen. wil will aber noch mehr. wil will Diskussionen darum beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut werden kann und welche Alternativen es zum kapitalistischen Wahnsinn gibt. Unterstützt unsere Kampagne gegen Privatisierung von Bildung! Mach mit bei widerstand international!

Stuttgart Kein Abriss der Hall of Fame!

In Stuttgart soll die Hall of Fame, der Skater- und SprayerInnen-Treffpunkt, abgerissen werden, um einer Bonzen-Kunstgalerie Platz zu machen. Dabei geht auch die Freitreppe auf dem Schlossplatz verloren, DER Jugendtreffpunkt in der Stuttgarter Innenstadt. Dieser Abriss ist kein Einzelfall und auch kein Zufall, er geht einher mit der bundesweiten Kriminalisierung von nichtkommerzieller Jugendkultur. Dahinter steht die Privatisierung des öffentlichen Raums und neoliberale Politik.

Doch dagegen gibt es Widerstand: In Wiesbaden wehren sich Jugendliche gegen den Abriss ihrer Hall of Fame, in Kassel hat die SAV bereits vor ein paar Jahren Proteste von SprayerInnen mitorganisiert und in Stuttgart beteiligt sich die SAV an der Kampagne von widerstand international!

Privatisierung von öffentlichem Raum

Während Graffiti als Sachbeschädigung bestraft und als Verunstaltung des Stadtbilds beschimpft werden, wird Werbung einen immer größeren Platz im Stadtbild eingeräumt. Werbeanzeigen, die ganze Haus-

fassaden überdecken sind nicht mehr selten, und auch vor Schulen und Unis macht Werbung nicht mehr halt. Öffentlicher Raum, die Stadt in der wir leben, wird mehr und mehr zur Spielwiese von Konzernen. Es findet eine „Säuberung“ der Vorzeigestadtteile statt, alternative Kunst, aber auch sichtbare Armut und Drogenabhängige werden aus den Innenstädten in andere Stadtteile abgedrängt. Dadurch wird die Teilung der Stadt in „Problemzonen“ und Prestigestadtteile weiter vorangetrieben. Auch andere Maßnahmen wie die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, der Einsatz privater Sheriffs in den U-Bahnen und die BGS-Patrouillen in der Innenstadt dienen nicht unserer Sicherheit, sondern der „Säuberung“ der Innenstädte.

Nicht nur der öffentliche Raum, sondern alles, womit sich Profit machen lässt, ist heute Opfer der Privatisierungswelle.

Kriminalisierung von Sub-Kultur

Alternative, nicht kommerzielle Jugendkultur wurde in den letzten Jahren immer stärker kriminalisiert und aus den Innenstädten verdrängt. Legale Plätze und Flächen sind in vielen Orten vom Abriss bedroht. In anderen Städten, wie Kassel, wurde versucht, KünstlerInnen durch massive Polizei/BGS-Überwachung von den legalen Plätzen zu vertreiben, was nur durch entschlossene Proteste verhindert werden konnte. Gleichzeitig wird brutal gegen illegales Sprayen vorgegangen: Dazu gehört das neue Gesetz, nachdem in Zukunft jedes Graffiti Sachbeschädigung ist – selbst wenn es sich problemlos entfernen lässt –, nachdem Hausdurchsuchungen bei jungen KünstlerInnen, die Überwachung von Telefonen und öffentlichen Plätzen mit Videokameras jederzeit möglich sind.

Die bürgerlichen Politiker haben Angst davor, dass sich um nichtkommerzielle Kunst herum die Unzufriedenheit mit ihrer Politik sammelt und in Protest umschlägt. Schilys innerstaatliche Aufrüstung betrifft aber nicht nur SprayerInnen.

Alle Maßnahmen und Gesetze, die heute gegen Subkultur verwendet werden, können morgen auch gegen Ju-





Der wirtschaftliche Zusammenbruch riss Argentinien im Dezember 2001 in eine revolutionäre Krise, die einen Präsidenten nach dem anderen zu Fall brachte. Unter dem neuen Präsidenten Duhalde wurde ein neuer Kurs in der Wirtschaftspolitik eingeschlagen, eine Lösung der sozialen Missstände ist aber nicht in Sicht.

Pablo Alderete, der einige Jahre in Argentinien lebte, beschreibt den Verlauf des Dezemberaufstands und führt aus, dass Argentinien schon davor reif für tiefgreifende Veränderungen war und es lange unter der Oberfläche brodelte.

In den 90er Jahren wurde Argentinien zum Muster-schüler des Internationalen Währungsfonds (IWF) und zu einem Modellland des Neoliberalismus. Die peronistische Regierung Menem koppelte die Landeswährung Peso an den US-Dollar, was zeitweilig die in den 80er Jahren galoppierende Inflation stoppen konnte (gleichzeitig aber die Auslandsschulden in die Höhe trieb und die Konkurrenzfähigkeit argentinischer Waren auf dem Weltmarkt untergrub). Mit massiven Privatisierungen wurde begonnen. Die staatliche Telefongesellschaft ging genauso in die Hände (meist ausländischen) privaten Kapitals über wie das Kabelfernsehtz, die Wasser- und Stromversorgung oder die Autobahnen. Vierzig Prozent der Industrie und neunzig Prozent der Banken wurden an ausländisches Kapital verschertelt. Hunderttausende Arbeitsplätze gingen durch die Schließung der staatlichen Unternehmen verloren, die Arbeitsgesetzgebung wurde zugunsten der Unternehmer völlig ausgehebelt, die Löhne sanken.

Der Kampf um Aerolíneas Argentinas

Die ex-staatliche Fluglinie Aerolíneas Argentinas meldete im Jahr 2000 Konkurs an. Die Beschäftigten begannen einen entschlossenen Kampf um den Erhalt von Aerolíneas mit Flughafenbesetzungen und Rollfeldblockaden. Es war der wichtigste betriebliche Kampf im letzten Jahr. Große Teile der ArbeiterInnen und der Bevölkerung verfolgten den Kampf mit Sympathie und sahen, was mit Aerolíneas in privaten Händen passiert war. Die Skepsis gegenüber der Privatisierungspolitik war jetzt offener Ablehnung, vor allem der ausländischen Unternehmen, gewichen.

Korruption

Bei der letzten Arbeitsgesetzreform wurden Bestechungsgelder gezahlt. Die Zeitung Pagina 12 berichtete, „dass manche Senatsabgeordnete mit weißen Briefumschlägen herumlaufen und mit Kollegen vergleichen, ob sie nicht zu kurz gekommen waren“. Mehrere Abgeordnete gaben öffentlich zu, Schmiergelder erhalten zu haben. Die Herkunft der Gelder wurde nicht geklärt, die Schuldigen nicht verurteilt. Die Justiz verschleppte die Ermittlungen. Ex-Präsident Menem wurde letztes Jahr wegen illegalem Waffenverkauf an Kroatien während des Balkankrieges unter Hausarrest gestellt. Das Vertrauen in das gesamte politische Establishment, aber auch in bestechliche Richter und den Obersten Gerichtshof ist gleich Null. Bei den Aufräufungen im Dezember war eine der Parolen: „Sie sollen alle gehen – kein einziger soll übrigbleiben“. Vor dem Gerichtsgebäude im

Zentrum von Buenos Aires finden wöchentliche Kundgebungen statt, die die Absetzung des Obersten Gerichtshofes fordern.

Wirtschaft am Boden

Die „Tequila-Krise“, die Mexiko 1994 erfasste, war ein Warnschuss. Die Südstasienkrise 1997 traf auch Lateinamerika und führte zu einem Kapitalabzug aus Argentinien und anderen „Schwellenländern“. Auch in Argentinien setzte eine Rezession ein, die bis heute anhält und deren Ende nicht in Sicht ist. Einer der Bereiche, der am härtesten getroffen wurde, war die Automobilindustrie. Der Verbrauch von Strom, Wasser und Erdgas sank kontinuierlich. Eine Erhöhung der Zug- und Busfahrpreise lies die Fahrgastzahlen deutlich zurückgehen. Der ehemalige Transportminister verteidigte sie mit den Worten: „Die Armen fahren sowieso nicht mit Bus und Bahn“. Der Mittelstand erlebt eine beispiellose Verarmung durch den Niedergang der Kleinindustrie.

Soziales Elend

Die Zeitung Pagina 12 schrieb am 19.01.: „Im Mai 2001 lebten 4 Millionen Menschen im Großraum Buenos Aires unterhalb der Armutsgrenze. 60 Prozent (2,4 Millionen) kamen aus Haushalten der Mittelschicht, deren Einkünfte gesunken waren. Nur 1,6 Millionen waren den strukturellen Armen zuzurechnen, die schon seit längerem in Elendsvierteln oder prekären Wohnverhältnissen leben. Arbeitslosigkeit bedeutete Armut, es gibt keine Arbeitslosenversicherung“.

Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 18 Prozent, hinzu kommen 25 Prozent Unterbeschäftigte, was bei den niedrigen Löhnen bedeutet, dass sie nicht genug zum Leben haben. Eine Fahrt mit dem Nahverkehrszug von Buenos Aires in die Vororte drückt dies aus: Nacheinander treten die „vendedores ambulantes“ (fliegende Händler) in die Abteile, wünschen erst mal mit lauter Stimme einen schönen Guten Tag und preisen ihre Produkte an. Es gibt alles zu kaufen: Schokolade, Rasierklings, Kartenspiele, Tempos, Stadtpläne, Getränke... Der Fahrgast kriegt ein Exemplar auf den Schoß, darf's sich anschauen, danach wird's wieder abgeholt. Wer öfters fährt, kennt manche Gesichter schon. Und es sind meistens keine Obdachlosen, Elendsviertelbewohner oder gescheiterte Existenzen, sondern einfache Leute, die keinen Job mehr gefunden haben und auf die Straße gezwungen wurden, um zu überleben.

In der Hauptstadt Buenos Aires stehen an jeder zweiten Straßenecke Bettler. Im Winter füllen sich

Massenaufstand Neoliberalera

die Aufgänge der U-Bahn mit Obdachlosen, die an den Lüftungsschächten Schutz vor der Kälte suchen. Laut amtlichen Angaben lebt jeder dritte Argentinier in Armut. Viele Arbeiter werden schwarz beschäftigt, haben weder Anspruch auf Rente noch eine Krankenversicherung, ganz zu schweigen von Urlaubsgeld und angemessenen Lohn.

Gegenwehr

Am Anfang der Regierungszeit de la Rúa bestimmten noch Studierende und Menschenrechtsbewegungen die sozialen Bewegungen. Das änderte sich bald. Die Beschäftigten, also die Arbeiterklasse, die städtischen Armen und die sich formierende Arbeitslosenbewegung übernahmen die Initiative.

Sieben Generalstreiks gab es gegen de la Rúa bis Dezember 2001. Entscheidend war die Unterstützung der Beschäftigten von Bus- und Nahverkehr, die den Transport zum Erliegen brachten. Betriebliche Kämpfe fanden vor allem im Landesinneren bei kleineren Unternehmen oder Zulieferern statt. Sie waren regional begrenzt und blieben isoliert, weil die Gewerkschaftsführung alles tat, um sie nicht zusammenzuführen. Streiks für die Auszahlung ausstehender Löhne im Staatssektor fanden das ganze Jahr über statt. Die Gewerkschaft der staatlichen Angestellten, die ATE, organisierte Protestkundgebungen und symbolische Besetzungen von öffentlichen Gebäuden. Die Lehrer traten im Dezember in einen unbefristeten Streik, um die Auszahlung ausstehender Gehälter, eine bessere Ausstattung der verfallenen Schulen und ein Ende der Kürzungen im Schuletat zu fordern. Sie stellten vor dem Beginn der Sommerferien klar, dass sie nach den Schulferien am 1. März 2002 den Schulbetrieb nicht aufnehmen würden.

Hinzu kamen die Aktionen der Piqueteros (piquete = Streikposten oder Straßenbarrikade). Sie entstanden aus Arbeitsloseninitiativen und forderten Lebensmittel und Arbeitslosenunterstützungsprogramme. Man vernetzte sich untereinander und organisierte landesweite Straßen- und Autobahnblockaden, die zum Teil das öffentliche Leben lahm legten.

Die Gewerkschaftsführung vernetzte die Kämpfe nicht. Sie verzettelte die Bewegungen, bot keine Alternative und richtete den Hass und die Wut auf die ausländischen Konzerne, den IWF und die Auslandsschulden. Die Frage nach den „guten“ argentinischen Privatunternehmen und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wurde von ihr nicht aufgestellt.

Peronismus

Es gibt drei Gewerkschaftsdachverbände. Die CGT official (Vorsitzender Daer), die CGT rebelde (Vorsitzender Moyano) und die CTA (Vorsitzender de Gennaro). CGT official und CGT rebelde kommen aus der peronistischen Bewegung. In ihnen regiert die Korruption und die Vetternwirtschaft. Sie verwalteten die Krankenkassen und bedienten sich aus diesen. Die Korruption der CGTs führte zu der ungläubigen Situation, dass sie gewerkschaftliche Proteste gegen Menem (PJ) weitgehend unterdrücken konnten, seinen Nachfolger de la Rúa (UCR) aber keinen Schulterschluss anboten (wobei man natürlich nicht behaupten kann, sie hätten alle Streiks aus diesen Gründen steuern können; das Aufkommen der CTA zeigt, dass ihnen die Kontrolle entglitt und den Aufstand gegen de la Rúa haben sie auch nicht gutgeheißt). Die Amtsübernahme von Rodríguez Saa (PJ) feierten sie ganz offen und verschwanden bei den folgenden Protesten völlig von der Bildfläche. Auch Duhalde (PJ) haben sie seit seiner Amtsübernahme den Rücken freigehalten. Viele ArbeiterInnen aus den CTA-Bereichen empfinden Moyano und Daer gegenüber eine tiefe Abneigung und sehen sie als Teil des Systems.

Die peronistische Bewegung und die CGT-Gewerkschaft befinden sich im freien Fall. Als Moyano beim landesweiten Kongress der Piqueteros auftreten wollte, wurde er ausgepfiffen, mit Gegenständen beworfen und musste wieder abziehen. Den Menschen ist nicht entgangen, dass sie beim Dezemberaufstand keine Rolle spielten. Und es entstehen unabhängige Bewegungen, die Vorboten einer Neuformierung der Arbeiterklasse auf ehrlicher, demokratischer und solidarischer Basis sind. Ein wichtiges Anzeichen hierfür war der wilde Streik im Zugverkehr Anfang Dezember. Der Betreiber des „Ferroexpreso Pampeano“, einer Zugfrachtlinie, die Getreide zwischen Rosario und Bahía Blanca transportiert, hatte die Einstellung des Betriebs und die Entlassung von 800 Beschäftigten erklärt. Die KollegInnen erklärten sich solidarisch und blockierten den Nahverkehr in und um Buenos Aires mit aktiven Streikposten auf den Schienen. Der gesamte Personen- und Lastzugverkehr in ganz Argentinien stand still.

Dezemberaufstand

Der Sommer ist in Argentinien normalerweise ruhig. Schulferien, Sommerpause im Parlament, Ende Dezember leert sich die Hauptstadt, man versucht,

die heißen Sommermonate im Urlaub zu verbringen. Dieses Jahr war alles anders. Die argentinischen Massen haben Politik gemacht und in 13 Tagen 5 Präsidenten gestürzt. Wie kam es dazu?

Argentinien befand sich im Dezember schon seit vier Jahren in einer Rezession. Um die Auslandsschuld von 140 Milliarden Dollar und die Zinsen abzutragen, führte die Regierung einen verzweifelten Kampf, der nicht zu gewinnen war. Um die Zahlungen zu bedienen, wurden Kredite zu überhöhten Zinsen genommen, Schulden in großem Stil neu ausgehandelt. Zusammen mit dem IWF als Vertreter der



Am 19. und 20. Dezember gipfelten die Proteste in einen Aufstand. Berittene Polizei schlug mit Peitschen auf DemonstrantInnen ein. Es wurde auch scharf geschossen: 26 Menschen kamen ums Leben

Gläubiger wurden Sanierungs- und Kürzungspakete beschlossen, um den aus dem Ruder gelaufenen Haushalt auszugleichen. Die tiefe Rezession ließ die Steuereinnahmen drastisch zurückgehen.

Rezepte des IWF

Die Regierung de la Rúa versuchte, der Lage Herr zu werden, indem sie Domingo Cavallo ins Boot holten. Cavallo war schon unter Menem Wirtschaftsminister gewesen. Um weitere Kredite für Argentinien zu bewilligen, handelten die Regierung und der IWF aus, einen Haushalt aufzustellen, der keine weitere Neuverschuldung beinhaltete, sprich die Einnahmen sollten die Ausgaben decken. Eine 13-prozentige Kürzung der Renten und der Löhne der Staatsangestellten wurde beschlossen. Die Provinzen begannen, die staatlichen Angestellten mit Schuldscheinen zu bezahlen, weil sie kein Geld mehr in der Kasse hatten. Manche waren seit Monaten auf den Lohn. Cavallo ließ mehrere Gesetzespakete beschließen. Die Initiativen verpufften wirkungslos. Zusätzlich wurden die Exportprodukte durch die Anbindung an den US-Dollar zu teuer. Brasilien wertete seine Währung 1999 ab, seine Produkte wurden deutlich billiger. Niemand wollte Argentinien mehr Geld leihen, der IWF drehte den Geldhahn zu. Argentinien steuerte auf einen Crash zu, es war nur eine Frage der Zeit, wann die Zahlungsunfähigkeit erklärt würde. Gerüchte kamen auf: Abwertung und Lösung der Dollarbindung oder aber Einführung des Dollars als Landeswährung. Das Kapital machte sich aus dem Staub. Innerhalb von 6 Monaten verlor Argentinien 24 Prozent seiner Einlagen. Zum Vergleich: Die USA verloren in der Großen Depression 1929-33 20 Prozent ihrer Einlagen in 2-3 Jahren.

Notbremse

Nachdem die großen Unternehmen und Banken ihr Geld schon in Sicherheit gebracht hatten, beschloss Cavallo die Bankguthaben einzufrieren, um den völligen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Monatlich durften nur 500 Pesos (später 1.000) abgehoben werden. Davon war jetzt jeder/et betroffen. RentnerInnen, kleine SparerInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslose, die von ihren Ersparnissen lebten aber auch Fußballspieler, die ein vielfaches verdienen und nicht an ihre Löhne rankommen.

Es gab im ganzen Land Unruherede. Straßenblockaden von Arbeitsloseninitiativen, die Geld und Lebensmittel forderten. Streiks von öffentlichen Angestellten für die Auszahlung ausstehender Löhne, ein Generalstreik am 13.12. gegen die letzten Wirtschaftsmaßnahmen. Die Lage eskalierte, als in den Vororten von Buenos Aires und im Landesinneren Supermärkte geplündert wurden. Im Fernsehen zeigt

Ist Argentinien ein armes Land?

Argentinien war in den 50er Jahren das neunte reichste Land der Erde. Während es heute Hungerrevolten gibt, galt Argentinien lange als „Kornkammer der Welt“. Im II. Weltkrieg neutral gewesen, kam Argentinien danach die hohe Nachfrage in aller Welt nach Getreide und Nahrungsmitteln zu gute. Die Getreide- und Fleischvorkommen würden bequem ausreichen, um alle Menschen satt zu machen. Das Land ist riesig, es gibt mehrere Klimazonen, fruchtbare Böden. Dazu kommen Erdöl- und Erdgasvorkommen, Kupfer-, Metall-, Stahl- und Automobilindustrie.

Politische Parteien

Die PJ (Partido Justicialista - Peronisten) stellte von 1989-1998 unter Menem zweimal die Regierung.

Abgelöst wurde sie durch eine von der UCR (Union Cívica Radical - Konservative) geführte Regierung unter de la Rúa.

Eine neue Kraft ist die ARI (Acción para una República de iguales), die sich aus Protest gegen einen Korruptionsskandal von der Regierung de la Rúa trennte.

Die Polo Social unter ihrem Vorsitzenden Farinello, einem Geistlichen, kommt aus der Armen- und Arbeitslosenbewegung und wird von den Piqueteros unterstützt.

Die Autodeterminación y Libertad mit ihrem Vorsitzenden Zamora, der einen sozialistischen Anspruch hat, erreichte bei der letzten Parlamentswahl in Buenos Aires 17 Prozent.

Die peronistische Bewegung

Peron wurde nach einem Putsch von Generalen 1946 Staatschef. Er verhaftete mehrere Gewerkschaftsführer und setzte seine eigenen Anhänger ein. Der damalige wirtschaftliche Aufschwung gab ihm Spielraum für Reformen wie Lohnerhöhungen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Unfallversicherung und umfassende medizinische Versorgung. Während sich Peron auf große Teile der Arbeiterklasse und der verarmten Massen stützen konnte, war er ein Demagoge, der in Worten vor allem die ausländischen Konzerne angriff, in der Praxis aber die Interessen der einheimischen Kapitalisten vertrat und alles tat, um eine Machtergreifung durch die Arbeiterbewegung zu verhindern.

1955 wurde Peron in einem neuen Militärputsch gestürzt. 1972 kehrte er aus dem Exil zurück und konnte bis zu seinem Tod 1974 erneut die Regierungsgeschäfte übernehmen.

1950 hatte der große gewerkschaftliche Dachverband CGT den Schulterschluss mit dem Peronismus verkündet. Während die Peronisten damals eine Massenbasis hatten, ist ihr Einfluss in den letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen.

Stand gegen eralismus

ten die Bilder Menschen, die in ihrer Verzweiflung in die Supermärkte stürzten und alles was sie greifen konnten unter die Arme nahmen. Cavallo trat zurück und forderte Schutz für sich und seine Familie an. Es musste zum großen Knall kommen, und die Spannung entlud sich in den Ereignissen vom 19. und 20. Dezember.

Massenaufstand gegen de la Rúa

Nachdem Cavallo zurückgetreten war, entschloss sich de la Rúa in die Offensive zu gehen. Er erklärte am 19. Dezember den Ausnahmezustand. Das war ein Fehler, denn innerhalb von Minuten strömten Hunderttausende auf die Straßen, um dagegen zu protestieren und jetzt auch den Rücktritt de la Ruas zu fordern. Die größten Aktionen fanden in der Hauptstadt Buenos Aires in Form eines „Cacerolazo“ („Cacerola“ = Kochtopf) statt. Spontan gingen ArbeiterInnen, Arbeitslose, Familien, RentnerInnen und vor allem die Mittelklasse in den Stadtteilen auf die Straße, die meisten ausgerüstet mit Kochtöpfen, auf denen sie mit Besteck oder Kochlöffel schlugen, um ihre Wut und ihren Protest auszudrücken.

Die Polizei setzte Tränengas, Gummigeschosse und scharfe Munition ein. An der Plaza de Mayo hielten Fernsehkameras Bilder fest, auf denen berittene Polizei mit Peitschen auf Rentner und Hausfrauen losging. Mariano Robles, Mitglied der SIMECA (Gewerkschaft der Nachrichtenzusteller und Botengänger) und Sergio Smietniansky, Anwalt der Corpepi (Koordinierungsstelle gegen Polizei- und Staatsgewalt) berichteten über die Szenen, die sich am 20. Dezember nachmittags abspielten und bei denen im Verlauf des Tages 26 Menschen getötet und 2.000 verhaftet wurden: „Es waren gezielte Erschießungen. Die Kugeln trafen lebenswichtige Organe. Sie schossen nicht in die Menge. (...) Wir haben nicht sofort begriffen, dass sie mit scharfer Munition schossen. Man sah die Leute auf die Straße sinken und dachte, dass sie von Gummigeschossen getroffen waren, dass sie wieder aufstehen würden. Aber sie standen nicht wieder auf.“

Die Regierung de la Rúa war am Ende. Sie verlor von Tag zu Tag an Unterstützung, um den Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten können, noch weniger war sie in der Lage, einen Staatsstreich oder einen Militärputsch durchzuführen. Trotzdem ordnete sie das Massaker an. Was war mit der so genannten internationalen Allianz gegen den Terrorismus? Ging irgendeine Regierung an die Öffentlichkeit, um die Aktionen zu verurteilen? Die bürgerliche Demokratie strich die Demokratie, um sich zu behaupten. Die kapitalistische Welt stimmte schweigend zu. Gustavo Lopez war Vorsitzender des COMFER (Behörde für Rundfunk). Er erklärte bei seinen Ausscheiden, dass de la Rúa am 20. Dezember versucht hatte, die Ausstrahlung von Nachrichtensendungen über die Proteste zu verhindern.

Am 21. Dezember trat de la Rúa zurück. Der Vizepräsident Ramon Puerta übernahm vertretend das Amt. Es wurde beschlossen, für März 2002 Neuwahlen anzusetzen und bis dahin einen Übergangspräsidenten zu bestimmen.

Präsident für eine Woche

Im Parlament hatte die PJ die Mehrheit. Der PJ-Fraktionsvorsitzende fragte seine Kollegen, wer bis dahin Übergangspräsident sein wolle. Es meldete sich nur Rodriguez Saa. Rodriguez Saa war ein klassischer Provinzfürst peronistischer Art. Seit 1972 regierte er ununterbrochen die Provinz San Luis. Sein Vermögen wuchs auf 22 Millionen Pesos. Nachdem er am 23. Dezember im Parlament vereidigt worden war, ging er in die Hauptzentrale der peronistischen Gewerkschaft CGT und stimmte mit den Gewerkschaftsbossen die peronistische Hymne an. Danach verkündete er sein Programm: Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen, angemessener Mindestlohn, Lebensmittelpakete für die Armen, Verkauf von Luftflotte und Dienstwagen des Präsidenten, Begrenzung des Gehalts aller Funktionäre auf 3.000 Pesos, Aussetzung der Zahlung der Auslandsschulden, Schaffung einer neuen Parallelwährung, dem „Argentino“. Er empfing als erster Präsident die Mütter der Plaza de Mayo, (Mütter der in der Militärdiktatur Verschwundenen) und erklärte, dass der Kapitalismus in der heutigen Form den Argentinern keine angemessenen Lebensbedingungen bieten könne und dass mit ihm eine neue Politikergeneration an die Macht gekommen sei, die ein neues Argentinien schaffen wolle. Außerdem wolle er im März kandidieren.

Die Massen beobachteten aufmerksam ob sich etwas ändern würde, die Proteste flauten ab. Aber als er Carlos Grosso (verhasster Ex-Bürgermeister von Buenos Aires mit mehreren Korruptionsanklagen) in sein Kabinett berief, war ihre Geduld am Ende. Niemand nahm ihm mehr seinen Populismus ab. Man war entschlossen, alle Politiker, die sich selbst bereichern, zum Teufel zu jagen.

Am 28. Dezember abends kündigte das metallene Geräusch einen neuen spontanen Cacerolazo an. 15.000 Menschen versammelten sich vor dem Parla-

ment und zogen weiter zum Regierungssitz an der Plaza de Mayo, wo sich schon weitere Zehntausende versammelt hatten. Parolen wie „Sie sollen alle gehen“, „Ohne die Radikalen und die Peronisten würde es uns allen besser gehen“ und „El pueblo unido, jamás sera vencido“ wurden gerufen. Auch Rufe gegen den Ex-Präsidenten Menem, CGT-Vorsitzende Daer und Moyano („Wo ist sie – du wirst sie nicht sehen, die berühmte CGT“), Grosso und den Obersten Gerichtshof wurden laut. Dimitri Silveira, der für die brasilianischen Sektion des CWI nach Buenos Aires gereist war, berichtete, dass es wohl um die 40.000 waren, dass er so etwas in seinem politischen Leben noch nie gesehen hatte. Die Demonstration war friedlich und wurde von der Polizei nach den Ereignissen vom 20. Dezember nicht angegriffen. Die Wachposten vor dem Regierungsgebäude sahen die Menschenmenge und zogen sich zurück. Einzelne drangen in den Regierungssitz und später in das Parlament ein. Im ganzen Land gab es Aufstände.

In der Nacht auf den 29. Dezember trat Grosso zurück. Die ohnehin schon geschwächte Regierung begann wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen, am 29. Dezember boten alle Minister und Staatssekretäre ihren Rücktritt an. Saa hatte in seiner eigenen Partei keine Rückendeckung und trat als Präsident zurück. Ramon Puerta, später Eduardo Camaño, Präsident des Abgeordnetenhauses, übernahmen stellvertretend das Amt des Präsidenten. Am 1. Januar bestimmte die gesetzgebende Versammlung der beiden Parlamentskammern, die Wahlen für März 2002 auszusetzen und wählte Eduardo Duhalde zum neuen Präsidenten.

Wie weiter?

Der neue Präsident Duhalde hat eine Wendung in der Wirtschaftspolitik des Landes begonnen. In seiner Antrittsrede erklärte er: „Für viele Jahre hat man uns in Argentinien glauben gemacht, dass es in dieser neuen Weltordnung nur ein mögliches ökonomisches Modell gebe. Das ist eine völlige Unwahrheit.“ Das ist derselbe Duhalde, der zwei Jahre lang Vizepräsident der neoliberalen Regierung Menem war. Die wirtschaftliche Depression und der Volksaufstand haben ihn zu einer Kehrtwende gezwungen. Er hat die neoliberale Politik des freien Marktes und der Globalisierung erst einmal gestoppt und einige Maßnahmen von staatlichen Interventionen und Protektionismus umgesetzt, sowie die DollARBindung des Peso beendet und diesen um vierzig Prozent abgewertet.

Das bedeutet nicht, dass Duhalde eine antikapitalistische Politik betreiben würde. Er vollzieht seine Politik auf einem schmalen Grat: einerseits gewisse Zugeständnisse an die Massen machen und andererseits die Interessen des argentinischen Kapitals verteidigen. Damit versucht er teilweise zu der klassischen, nationalistischen Politik des Peronismus zurückzukehren. Doch vor dem Hintergrund der tiefen Depression im eigenen Land und der weltweiten Wirtschaftskrise sind die Aussichten düster. Die Besetzung der DollARBindung löst noch keine Probleme. Die meisten Schulden wurden in den 90er Jahren in Dollar gemacht, was die Verschuldung nun massiv in die Höhe treibt. Der totale Kollaps soll dadurch verhindert werden, dass Kredite über 100.000 Dollar und weniger weiterhin zur früheren Umtauschrate von eins zu eins beglichen werden können. Das wiederum lässt die Banken Sturm laufen. Eine Lösung der sozialen Missstände und der Wirtschaftskrise ist jedenfalls nicht in Sicht – und ist auf kapitalistischer Grundlage auch nicht möglich. Das kann für die Zukunft nur eine weitere Destabilisierung und Polarisierung bedeuten und mittel- bis langfristig auch die Frage eines autoritären Militärregimes aufwerfen, das zur „Rettung der Nation“ antreten könnte.

Internationale Auswirkungen

Argentiniens Krise hat aber auch eine internationale Dimension. Zum einen unterstreicht die Entwicklung unsere These, dass neoliberale Politik und der Prozess der Globalisierung gebremst und umgekehrt werden können, wenn kapitalistische Regierungen mit tiefen Wirtschaftskrisen und Massenbewegungen konfrontiert sind. In diesem Sinne sind die Krise und ihre Folgen in Argentinien eine Vorwarnung von Entwicklungen in anderen Ländern in der Zukunft. Dabei sollte auch nicht vergessen werden, dass Argentinien ein entwickeltes kapitalistisches Land ist und keine „Bananenrepublik“. Zweitens hat die argentinische Krise unmittelbare Auswirkungen auf Brasilien, ganz Lateinamerika und zum Beispiel Spanien und die Nichtzahlung der Auslandsschulden kann von anderen hochverschuldeten Staaten zum Beispiel genommen werden.

Sascha Stanicic, Berlin



Über Wochen hinweg gingen Jugendliche, ArbeiterInnen, RentnerInnen und kleine Selbstständige täglich auf die Straße, und trommelten mit Besteck und Kochtöpfen (= „Cacerolas“). Diese Proteste wurden weltweit als „Cacerolazos“ bekannt

Revolution ist machbar!

Die Lage in Argentinien beinhaltet viele Elemente einer revolutionären Situation. Dazu gehören:

1. Die offene Spaltung der herrschenden Klasse, die im Dezember über Wochen wie gelähmt und unfähig zu regieren war.
2. Die Gärung unter den Mittelschichten, die sogar massenhaft in den Kampf eingetreten ist, weil sie von völliger Verarmung bedroht ist.
3. Die Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, die unerträglichen Lebensbedingungen hinzunehmen und hat in einer Reihe von Kämpfen, Streiks und Generalstreiks ihre Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt.
4. Die herrschende Klasse war nicht in der Lage, den Staatsapparat, Polizei und Militär, zur Niederschlagung des Aufstandes einzusetzen. Der Versuch, die Massen mit brutaler Gewalt am 19. und 20.12. zu stoppen (Dutzende DemonstrantInnen wurde getötet und in etwa 4.000 verhaftet) scheiterte und bei den Massendemonstrationen am 28.12. musste sich der Staatsapparat zurückhalten. Dies ist zwar noch keine offene Spaltung des Staatsapparates, bei der Teile der bewaffneten Einheiten offen zu den Aufständischen übergehen, aber offensichtlich haben Krise und Massenaufruf Auswirkungen auf die Staatsmaschinerie.

Das Massenbewusstsein richtet sich gegen die traditionellen Parteien und Institutionen des Establishments, was sich immer wieder in der Parole „Sie müssen alle gehen“ ausdrückte. Dies zeigte sich auch bei den Wahlen im Oktober 2001, als dreißig Prozent – trotz Wahlpflicht – gar nicht an den Wahlen teilnahmen und zwanzig Prozent ungültige Stimmen abgaben. Außerdem erhielten vier verschiedene Listen von revolutionär-sozialistischen Gruppen insgesamt über eine Million Stimmen, in Buenos Aires über zwanzig Prozent und konnten mit drei VertreterInnen ins Parlament einziehen.

Trotzdem entwickelte sich aus dem Aufstand keine Bewegung, die den Kapitalismus hätte stürzen können und ihn durch eine Regierung der ArbeiterInnen hätte ersetzen können. Noch dominieren bei den Demonstrationen nicht die roten Fahnen des Sozialismus, sondern die blau-weißen argentinischen Nationalflaggen. Der Grund hierfür ist die politische Schwäche der Bewegung: Die argentinische Arbeiterbewegung war immer schon stark durch die nationalistischen Ideen des Peronismus beeinflusst. Die Offensive bürgerlicher Ideologien in den 90er Jahren hat den Sozialismus in der Arbeiterbewe-

gung weiter geschwächt. Es gibt keine starke sozialistische Massenpartei der Arbeiterschaft und das politische Bewusstsein der Massen richtet sich zur Zeit gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung, aber noch nicht für eine sozialistische Alternative. All das bedeutet, dass der Prozess der Revolution zwar begonnen hat, sich aber über einen längeren Zeitraum vollziehen wird und durch Auf- und Abs wird gehen müssen, bis eine sozialistische Massenkraft entstanden sein wird. In diesem Sinne handelt es sich heute in Argentinien um eine vor-vor-revolutionäre Situation.

Ein Programm für die Revolution

Dabei ist der Kampf für Sozialismus der einzige Ausweg aus der Dauerkrise der argentinischen Gesellschaft. Und er ist keine Utopie, sondern eine reale Möglichkeit. Voraussetzung dafür ist der Aufbau einer unabhängigen, sozialistischen Massenpartei der Arbeiterklasse. Eine solche Partei müsste sich einsetzen für die Schaffung von lokalen Komitees der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, der Jugend und der verarmten Mittelklasse. Solche Komitees sollten Untersuchungsausschüsse bilden, die sich mit den Korruptionsskandalen auseinandersetzen und die Verteilung von Lebensmitteln an die Massen koordinieren. Sie sollten sich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene vernetzen und damit die Grundlage für die Schaffung einer revolutionären Regierung der arbeitenden und verarmten Massen bilden. Eine solche Regierung müsste mit der kapitalistischen Marktwirtschaft brechen und einen wirtschaftlichen Notplan aufstellen, der sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der argentinischen Bevölkerung orientiert. Zur Durchsetzung eines solchen Planes müssen die großen Banken und Konzerne in Gemeineigentum überführt werden und der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der Arbeiterkomitees übergeben werden. Die Auslandsschulden müssen genauso gestrichen werden wie die Zinszahlungen und Schuldendienste von kleinen und mittleren Schuldnern an die Banken.

Eine solche Politik würde von den Massen in ganz Lateinamerika und der ganzen Welt begeistert aufgenommen und deren Unterstützung mobilisieren. Sie würde den Weg eröffnen für die Schaffung einer freiwilligen, sozialistischen Föderation Lateinamerikas, die die Dominanz des Imperialismus abschütteln könnte.

Sascha Stanicic, Berlin

Drohen neue Kriege?



Irak Von Geld und Öl

Am 16. Januar sagte der republikanische Senator des US-Präsidenten John McCain bei einem Besuch des Flugzeugträgers „USS Theodore Roosevelt“ im Arabischen Meer: „Die Irakis stellen eine eindeutige und aktuelle Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten dar.“ Nach Afghanistan müsse nun Irak als Ziel in Betracht gezogen werden. Nach dem Sieg über die Taliban wollen einflussreiche Kreise des US-Establishments nun siegreichen auch mit Saddam Hussein Schluss machen. Ihnen passt es nicht, dass trotz Sanktionen immer mehr Staaten und Firmen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Irak aufnehmen.

Von Ronald Luther, Rostock

Warum soll aber gerade der Irak der nächste Kriegsgegner sein? In der Golfregion lagern 63 Prozent der Weltölvorkommen. Irak ist nach Saudi Arabien international Spitzenreiter bei den geschätzten Erdölvorkommen (Aktuell 2000). Für die USA ist es sehr bedeutsam, diese riesigen Ölvorkommen zu kontrollieren. Der Vorsitzende des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus, George Hamilton, sagte bereits am Anfang des Golfkrieges 1991: „Der Grund für unseren Einsatz: am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl – und wer die Kontrolle darüber ausübt.“

Geostrategische Bedeutung

Auch geostrategisch ist die Kontrolle über den Irak den USA schon immer sehr wichtig gewesen. Denn wer den Irak kontrolliert, kontrolliert den Nahen Osten. Als 1979 im Iran die US-feindlichen Mullahs an die Macht kamen, unterstützten die USA den Irak im Krieg gegen den

Iran. Hussein erhielt massive finanzielle und militärische Hilfe aus den USA und den westeuropäischen Staaten. Dadurch konnte der Irak unter anderem Giftgas produzieren, was 1988 gegen die kurdische Bevölkerung in der Stadt Halabja eingesetzt wurde und 5.000 Menschen das Leben kostete. Für die USA aber war das damals kein Grund, die Unterstützung des Iraks zu beenden. „Er ist ein Bastard, o.k.! Aber er ist unser Bastard“, hieß es damals im US-Außenministerium. Das änderte sich erst 1990, als Saddam mit der Besetzung von Kuwait die dortigen Ölfelder kontrollieren und nicht mehr nach der Pfeife der USA tanzen wollte.

Folgen des Golfkrieges

Nach dem Golfkrieg sind durch zehn Jahre Sanktionen laut UNICEF eine Million Menschen ums Leben gekommen, darunter 500.000 Kinder unter 5 Jahren. Die Arbeitslosigkeit liegt zwischen 60 und 75 Prozent. Cholera, Typhus und Hepatitis nehmen zu, weil nur die Hälfte aller Iraker überhaupt Zugang zu sauberen Trinkwasser hat. Dazu meinte die ehemalige US-amerikanische Außenministerin Albright, das wäre ein „Preis, den es sich zu zahlen lohnt“. Aber in den letzten Jahren stießen die USA auf wachsende Ablehnung ihrer Sanktions- und Kriegspolitik gegen den Irak. Und auch jetzt findet ein Angriff auf den Irak keine breite Unterstützung. Der ägyptische Präsident Mubarak warnte am 19. Januar vor einem Angriff auf ein arabisches Land, weil dies „schreckliche Folgen für die Region“ hätte. Die größte Angst haben ein Mubarak aber ein Sezer (türkischer Staatspräsident) aber wohl vor einem Aufstand der in Elend und Armut lebenden Massen, deren Wut sich gegen die USA als führende kapitalistische Wirtschaftsmacht und auch gegen die eigenen Regimes richten könnte.

Somalia Im Fadenkreuz des US-Militärs

Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan gilt Somalia zunehmend als ein wahrscheinliches Angriffsziel bei einer Ausweitung des „Kampfes gegen den Terror“. Nicht zuletzt war es der deutsche Verteidigungsminister Scharping, der erklärte: „Jeder, der Somalia ausschließt, ist ein Narr. Natürlich wird da was passieren“ (taz, 20.12.01). Zwar widersprach US-Verteidigungsminister Rumsfeld umgehend, doch der Einsatz deutscher Marinesoldaten am Horn von Afrika zeigt die Bedeutung dieser Region für die imperialistischen Länder.

Von David Matrai, Stuttgart

Seit dem Zusammenbruch der Diktatur Siad Barres 1991 herrscht in Somalia Bürgerkrieg. Als Nationalstaat ein künstliches Gebilde, bestimmen die verschiedenen Clans und Warlords die Struktur und Aufteilung des Landes. Trotz einer schweren Hungersnot im Südwesten des Landes stellten die Vereinten Nationen im Herbst 1999 vorübergehend ihre Aktivitäten ein, weil sie die Sicherheit ihrer Mitarbeiter nicht mehr garantieren konnten.

Seit dem Sommer 2000 gibt es eine Übergangsregierung von Präsident Hassan, die sich hauptsächlich aus ehemaligen Anhängern des

Barre-Regimes zusammensetzt und nur ungefähr 10 Prozent des Landes unter ihrer Kontrolle hat. Sie soll laut USA das Terrornetzwerk Bin Ladens unterstützen.

US-Debakel 1993

Trotz seines mörderischen Regimes wurde Barre bis 1991 durch die USA und die Kohl-Regierung gestützt. Erst nach seinem Sturz begannen die USA eine Invasion – mit späterer Beteiligung der Bundeswehr. Angeblich diente der Krieg humanitären Zielen, doch die wirklichen Gründe waren andere. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus wollten die US-Imperialisten neue Einflussgebiete unter ihre Kontrolle bringen und ihre strategische Stellung in Ostafrika verbessern. Bedeutend war (und ist) Somalia auch wegen der Öl- und Erdgasvorkommen. So verkaufte Barre noch vor seinem Sturz Öl- und Erdgasförderkonzessionen an US-Konzerne.

Als die Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten jedoch erfolglos blieb und zu einem hoffnungslosen Guerillakrieg zu werden drohte, zogen die Truppen 1994 wieder ab.

So wie es den USA bei den Angriffen auf Afghanistan auch um ihr Prestige geht, so könnten sie versuchen, die Situation heute zu nutzen, um das Debakel in Somalia vergessen zu machen und ein US-

treues Regime zu errichten.

Sicherung von Ölfrachtern

Einer der wichtigsten Aspekte bei dem „Krieg gegen den Terror“ ist die geplante Öl-Pipeline durch Afghanistan und Pakistan. 1998 hatten US-amerikanische Konzerne und die Clinton-Regierung vorläufig diesen Plan aufgegeben. Wenn dieser Traum der Ölkonzerne allerdings doch wahr werden sollte, dann würde der Transportweg der Ölfrachter am Horn von Afrika und damit an Somalia vorbei führen. Berechenbare Verhältnisse in Somalia und Ostafrika wären in diesem Fall wichtig. Die Bedeutung des Seewegs vor Somalia unterstreicht auch die Entsendung von deutschen Marinesoldaten zum Horn von Afrika. Sie sollen dort nach Angaben der Marine die Freiheit und Sicherheit der Seewege sicherstellen (Spiegel online, 2.1.02).

Unterstützung Äthiopiens durch die USA

Dennoch ist eine Ausdehnung direkter Kampfhandlungen der USA auf Somalia nicht sicher. Tatsache ist, dass die Imperialisten eine Vielzahl von Möglichkeiten haben, um ihre Interessen durchzusetzen. So unterstützt die US-Regierung äthiopische Truppen, die in Somalia Abdullahi Yusuf – ein erklärter Gegner der somalischen Über-

gangsregierung – als Präsident der abgespaltenen „Republik Puntland“ zur Macht zurück verhalfen. Die taz vom 26.11.01 bezeichnete diese Kriegshandlung als „die ersten Schüsse in der befürchteten Ausweitung des internationalen „Krieges gegen den Terror“ auf das Horn von Afrika“. Da Äthiopien der engste Partner der USA in dieser Region ist, könnte die Ausweitung des „Krieges gegen den Terror“ auf Somalia auch weiterhin die Form einer Unterstützung äthiopischer Militärinterventionen annehmen.

Die Bevölkerung ist Opfer

Wirtschaftlich hat der „Anti-Terror-Einsatz“ gegen Somalia bereits begonnen und trifft den Großteil der einfachen Bevölkerung. Da das somalische Geldtransferinstitut Al-Barakaat angeblich das Al-Qaida-Netzwerk finanziert, musste es seine Filialen schließen. Allein durch Al-Barakaat kommen in etwa 500 Millionen Dollar jährlich in die Hauptstadt Mogadischu. Geld das im Ausland lebende Somaliern ihre Familien überweist. Rund 80 Prozent der Bevölkerung leben von diesem Geld, für diese 8 Millionen Menschen hat die Einstellung der Tätigkeit der Finanzfirma verheerende Folgen. So ist in jedem Fall die einfache Bevölkerung wieder einmal das wahre Opfer des „Kampfes gegen den Krieg“.

Indien und Pakistan Vor einem Atomkrieg?

Vor einigen Wochen sah es so aus, als ob ein Albatross Wirklichkeit werden würde: Ein nuklearer Krieg zwischen den Atommächten Indien und Pakistan, eine menschliche Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Mittlerweile hat Musharraf über hundert Anhänger und Führer verschiedener Moslemgruppen verhaftet und das Verbot der fünf wichtigsten Organisationen angekündigt. Trotzdem tönte der indische Innenminister noch Anfang Januar: „Wir sind bereit zum Krieg!“

Von Conny Dahmen, Aachen

Es geht in dem Konflikt auch weniger um die Köpfe einiger religiöser Fanatiker, sondern eher um jahrzehntelange Machtkämpfe der beiden Staaten. Die Schlüsselrolle spielt dabei Jammu/Kaschmir, das zu zwei Dritteln von Indien und einem Drittel von Pakistan besetzt wird. Seit seinem Bestehen finden immer wieder Auseinandersetzungen um dieses strategisch und ökonomisch interessante Gebiet statt.

Jammu/Kaschmir

1947 wurde Indien von der britischen Kolonialmacht unabhängig – nach Massenstreiks, Meutereien und Hungerrevolten. In der Folge wurde der indische Subkontinent von schweren Kämpfen zwischen Moslems und Hindus erschüttert, die zur Teilung in Indien und Pakistan führten. Diese Konflikte waren ein Erbe der imperialistischen „Teile-und-herrsche-Politik“.

Unter den 13 Millionen EinwohnerInnen Jammus und Kaschmirs wuchs der Wunsch nach Selbstbestimmung, es kam zum Aufstand gegen den herrschenden Maharadscha. Diese Entwicklung fand mit dem ersten Indo-Pakistanischen Krieg ein Ende. Zwischen dem indisch und den pakistanisch besetzten Gebieten wurde eine Grenze gezogen.

Seitdem beuten die Besatzer die Ressourcen des Landes hemmungslos aus, demokratische Rechte sind kaum vorhanden. Im indisch besetzten Teil begannen 1989 deshalb Massenproteste, die bis heute andauern. 1990 demonstrierten eine Million in Srinagar im indisch besetzten Gebiet für Unabhängigkeit. Bei den Repräsentanten seitens der indischen sowie

der pakistanischen Armeeeinheiten fanden in den neunziger Jahren 35.000 Menschen den Tod.

Islamische Fundamentalisten

Die islamisch-fundamentalistischen Organisationen spielen bei den Protesten gegen die indischen Besatzungstruppen gegenwärtig die größte Rolle. Wegen der sozialen Krise und einer fehlenden alternativen Opposition gewannen sie über die letzten Jahre immer mehr Anhänger. Sie wurden von Pakistan finanziert und trainiert, um Propaganda für ihren Anschluss an Pakistan bei Kaschmir muslimischer Bevölkerungsmehrheit (in Kaschmir sind zwei Drittel Moslems) zu machen. Sie sind eng mit der pakistanischen Militärdiktatur und der herrschenden Klasse verbunden, viele Soldaten und Offiziere sind selbst Mitglieder. In den achtziger Jahren ließ sich Pakistan von den USA auch für den Aufbau der Taliban einspannen.

Dagegen verbreitet die regierende Partei in Indien, die BJP (National-Hindu-Partei), unter Ministerpräsident Vajpayee einen Hindu-Chauvinismus, um den Islam als Wurzel allen Übels darzustellen. Dabei wird sie auch von faschistischen Kräften unterstützt, die für zahlreiche Pogrome gegen Moslems verantwortlich sind.

Soziales Elend

Damit versuchen Indien (mit einer Bevölkerung von 1 Milliarde Menschen) und Pakistan (150 Millionen), die Massen vom wirtschaftlichen und sozialen Desaster im indischen Land abzulenken. In Indien betreibt die BJP eine neo-liberale Wirtschaftspolitik. Pakistan folgt den Aufträgen des IWF und zieht ein enormes Privatisierungsprogramm durch, dem unter anderem Schulen und Krankenhäuser zum Opfer fallen. Der Staat ist mit 38 Milliarden US-Dollar verschuldet, die Wirtschaft ist bankrott. In beiden Ländern leben insgesamt 370 Millionen Menschen von weniger als einem US-Dollar am Tag.

Das Ganze wird noch durch die immensen Rüstungsausgaben verschlimmert: Pakistan gibt die Hälfte seines Haushaltes für das Militär aus. Auf beiden Seiten der Grenze gibt es heute sechsmal so viel Soldaten wie Ärtze.

SozialistInnen in Jammu/Kaschmir



Am 25. Dezember organisierte die National Awami Partei (NAP) in der eine Gruppe des CWI arbeitet, und ihre Studentenorganisation NSF in Kotli, Kaschmir, eine Kundgebung und eine Demo gegen den Krieg. Die Hauptforderungen waren: „Nieder mit dem US-Imperialismus, nieder mit IWF, Weltbank und WTO!“

NAP-Präsident Anwar Khan erklärte: „Wir haben vor fünfzehn Jahren gesagt, dass die unterdrückten Klassen in der Welt weiter von den Großmächten dominiert werden, wenn der Kapitalismus nicht abgeschafft wird. Die indischen und pakistanischen herrschenden Klassen sind darauf aus, den Frieden in dieser Region zu zerstören. (...) Die beiden Atomkräfte haben die Massen Kaschmirs, Pakistans und Indiens und der ganzen Region an den Rand einer Katastrophe gebracht. Die Arbeiterklasse und die armen Massen des Subkontinents zahlen die Kosten für diesen Rüstungswettlauf. Millionen von Menschen werden ihre Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Ausbildung, Arbeit und sauberes Trinkwasser verweigert.“

Friedens- oder Kriegsaussichten?

Den schon jahrzehnte andauernden Kampf um Jammu/Kaschmir können weder Pakistan noch Indien gewinnen, dennoch will keiner der beiden Staaten irgendwelche Territorien abgeben. Die verschiedenen Friedensprozesse der letzten Jahre sind gescheitert. Auch die jüngsten Vermittlungsversuche des Imperialismus haben bis jetzt keine nennenswerten Erfolge gezeigt. Bush und Co. wollen auch kein unabhängiges Kaschmir, sondern vor allem eine gewisse Stabilität in der Region schaffen, um deren Märkte für die Banken und Multis zu öffnen.

Dabei hat er die Situation allerdings nicht wirklich im Griff: Die US-Bombenangriffe auf Afghanistan lösten einen Flächenbrand in der gesamten Region aus. Der islamische Fundamentalismus ist trotz der Niederlage der Taliban nicht geschwächt worden. In den meisten Ländern stellt er die einzige große Kraft dar, die – scheinbar – gegen den Imperialismus und Unterdrückung kämpft. Auch Musharraf steht dadurch als momentaner Bündnispartner der USA ziemlich unter Druck. In einer Umfrage vom 15. Oktober 2001 sympathisierten

83 Prozent der pakistanischen Bevölkerung mit dem Taliban. Deren nach Pakistan geflohene Kämpfer heizen die Stimmung an: Schon kurz nach den Anschlägen vom 11. September organisierten radikale Moslemgruppen massive Proteste. Jetzt kündigten sie Aktionen gegen die drohenden Verbote an.

Alternative

Unter ihrem Einfluss nimmt die pro-pakistanische Stimmung in der kaschmirischen Gesellschaft im Augenblick zu. Die guten Beziehungen zwischen der Nordallianz in Afghanistan und der indischen Regierung sind dabei Öl im Feuer. Letztendlich wird aber deutlich werden, dass sie keine Lösung für Unterdrückung und Ausbeutung zu bieten haben. Ein gemeinsamer Kampf aller ArbeiterInnen, Jugendlichen und BäuerInnen Kaschmirs, Indiens und Pakistans ist notwendig. Dieser Kampf muss nicht nur gegen die Unterdrückeregimes, sondern auch gegen den Kapitalismus und seine Institutionen geführt werden. Dafür treten die Schwesterparteien der SAV in Indien, Pakistan und Kaschmir ein und kämpfen für die Selbstbestimmung und eine sozialistische Föderation aller Länder auf dem indischen Subkontinent.

Afghanistan

Kein Frieden unter der Nordallianz

Es ist ruhiger geworden um Afghanistan. Zumindest in der bürgerlichen Medienberichterstattung. Abgesehen von Meldungen in den Klatschspalten wie, dass der Gucci-Designer Tom Ford den neuen afghanischen Premier Karzai zum elegantesten Mann der Welt ausgerufen hat. In den Stellungnahmen von Regierungsseite wollen Bush, Schröder und Co. uns in dem Glauben lassen, dass unter dem neuen Regime politische Stabilität einkehrt, demokratische Verhältnisse geschaffen werden und die Wirtschaft wieder in Gang gebracht wird. Lediglich ein paar Nester von Al-Qaida wären noch auszuheben.

Die Kräfte des Imperialismus haben über die Köpfe der unterdrückten Massen in Afghanistan hinweg eine neue Regierung installiert. Dabei wurde der Nordallianz eine tragende Rolle zugesagt, nachdem das US-Militär beim Kampf gegen die Taliban bereits den Schlüssel zum Sieg in der Hand hatte. Zeit, einen Blick darauf zu werfen, was für Charaktere denn jetzt an die Macht gekommen sind und der Frage nachzugehen, welche Zukunft Afghanistan unter der Nordallianz haben wird.

Von Aron Amm und Holger Dröge, Berlin

Nach zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg wurde Afghanistan de facto in die Steinzeit zurückgebombt.

Westliche Hilfen?

Auf der Afghanistan-Konferenz wurden letzten Dezember seitens der westlichen Regierungen Soforthilfen in Höhe von 20 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Insgesamt sollen seitens der „internationalen Gemeinschaft“ 4,5 Milliarden Dollar locker gemacht werden. Das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Laut Kofi Annan (UN-Generalsekretär) ist die Rede davon, dass in den kommenden zehn Jahren 10-15 Milliarden Dollar Aufbauhilfe benötigt werden. Das Planungsministerium in Afghanistan gibt 45 Milliarden Dollar an.

So lächerlich die Hilfszusagen des Westens in Bonn waren – den Worten sind kaum Taten gefolgt. „Kein Cent habe ich bisher bekommen, von Euro ganz zu schweigen“ (...). Der zum Minister der Interimregierung aufgestiegene Ökonomieexperte Farhang wittert bereits Verrottung: „Will uns der Westen wieder allein lassen?“ (Der Spiegel 4/2002). Dabei fehlten Mitte Januar allein etwa zehn Millionen Dollar, um wenigstens die Gehälter für

rund 250.000 Angestellte zu bezahlen.

Selbst wenn Gelder fließen, ist es eine offene Frage, wie viel letztendlich bei den verarmten Massen im Land ankommt – angesichts der Konflikte in der von der Nordallianz dominierten Übergangsregierung.

Auf kapitalistischer Grundlage wird heute keine umfassende Entwicklung des Landes möglich sein.

Armenhaus

Auf Grund der US-Militärschläge kamen die Hilfen für knapp 7,5 Millionen akut Not leidende Menschen in einem Land von etwas mehr als zwanzig Millionen völlig zum Erliegen. Erinnert sei daran, dass die Politik der US-Luftschläge bis in den Januar hinein weiter fortgesetzt wurde, obwohl die Taliban bereits Anfang Dezember aus ihrer letzten Hochburg Kandahar abziehen mussten.

Dem neuen imperialistischen Protektorat wird die gleiche Zukunft zu Teil werden wie beispielsweise Bosnien. In Bosnien konnten selbst zwei Jahre nach Kriegsende mehr als eine Million Flüchtlinge nicht in ihre alte Heimat zurückkehren.

Mindestens sechs Millionen AfghanInnen sind Flüchtlinge. Ein Großteil von ihnen ist auf pakistanischem Boden. Dort wurden alle diejenigen, die nicht in Lagern leben, unlängst vom Militärregime angewiesen, in die Grenzgebiete zu ziehen, wo sie unter erbärmlichsten Bedingungen dahinvegetieren müssen.

Die Afghanistan-Schutztruppe wird das Land nicht befreien, sondern besetzen. Für die verschiedenen kapitalistischen Staaten, die versuchen, in Afghanistan und der Region präsent zu sein, ist der Zugang zu den Erdöl- und Erdgasvorkommen nach wie vor aktuell. Die afghanische Bevölkerung wird darunter zu leiden haben, wenn um diese Interessen gefochten wird. Es wird mehr als nur diplomatisches Geplänkel geben. Dazu kommen die Spannungen innerhalb der Nordallianz und der neuen Regierung. Es sollte nicht vergessen werden, in welchem Maße schon der Prozess der Regierungsbildung von Konflikten begleitet gewesen war.

Nordallianz

Die Nordallianz ist ein äußerst heterogenes Bündnis, jeder der Führer verfolgt verschiedene Ziele. Clanfeinden, ethnische sowie religiöse Konflikte sind an der Tagesordnung.

„Auch wenn die Nordallianz es gelernt hat vor dem Westen manchmal als ‚demokratisch‘ und sogar als Unterstützerin von Frauenrechten zu posieren, hat sie sich in Wirklichkeit jedoch überhaupt nicht verändert, genauso wenig wie ein Leopard seine Flecken ändern kann“ (aus der Erklärung der Revolutionären Vereinigung der Frauen Afghanistans vom 13. November 2001).

Diese „Allianz“ ist ein Zusammenschluss der übrig gebliebenen Mudschahidin, die sich nach dem Sieg über die Sowjetunion 1989 wechselseitig bekämpft hatten und das Land in einen jahrelangen Bürgerkrieg stürzten. Dieser Bürgerkrieg war erst mit dem Vormarsch der Taliban beendet worden.

Die Nordallianz finanzierte sich vor allem aus Drogengeldern: Im Oktober 2001 wurde der Haushalt der Nordallianz auf rund 60 Millionen US-Dollar geschätzt, davon waren 30 Prozent direkte Erlöse aus dem Drogenhandel, weitere Drogengelder stammten aus den zentralasiatischen Republiken.

Dostum, der im usbekischen Teil Afghanistans herrscht, ist ein Wendehals. Erst kämpfte er auf Seiten der Sowjetunion, nach dem Einmarsch der Taliban bei den Regierungstruppen des Präsidenten Rabbani. Im Sommer 1998 liefen Teile seiner Truppen bei der Schlacht um

Masar-i-Sharif zu den Taliban über. Dostum setzte sich in den Iran ab, um sich dann im September 2001 wiederum der Nordallianz anzuschließen. Seine Truppen sind für Vergewaltigungen von Frauen und Kindern verantwortlich. Einen Dieb ließ Dostum zur Bestrafung von einem Panzer überrollen.

In ihrer Barbarei waren die Truppen der Nordallianz nicht von den Taliban zu unterscheiden. Ein Teil der Nordallianz führte folgende Form der Hinrichtung ein: Den Menschen wurde der Kopf abgeschlagen, die Körper mit Benzin gefüllt und dann angezündet. Andere Strafen bestanden darin, Menschen in Brunnen zu schmeißen, gefolgt von Handgranaten oder das Häuten bei lebendigem Leibe.

Im November 2001 erhob die Weltungerhilfe schwere Vorwürfe gegen die Nordallianz: Lebensmittellager seien von Truppen der Nordallianz geplündert worden, Telefonverbindungen gekappt worden und so die Hilfe für die Hungermüden zum Erliegen gekommen.

Internationale Organisationen werfen den neuen Machthabern in Afghanistan schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Selbst die Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, legte Beweise vor, dass es bei der Vertreibung der Taliban in mehreren Städten zu Massakern und Vergewaltigungen durch die Nordallianz gekommen ist.

Neue Konflikte

Vor kurzem noch hochgejubelt gibt es jetzt schon die ersten Schwierigkeiten der Imperialisten mit der Nordallianz. So fordert der General Din Mohammed Dschurhat die Einhaltung der islamischen Gesetze für die Truppen Englands, Deutschlands oder der USA. War in Verhandlungen noch vorgesehen, dass alle Truppen der Nordallianz aus Kabul abziehen, ist davon heute keine Rede mehr. Schon jetzt im frühen Stadium gibt es Differenzen.

Krieg und Medien

Zensur ist auch eine Waffe

Ein altes Sprichwort besagt, dass die Wahrheit im Krieg immer das erste Opfer ist. Im Golfkrieg „wurden wir nach Strich und Faden belogen“ (ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brendler laut taz vom 3.11.01). Im Afghanistan-Krieg „erfahren wir gar nichts mehr.“

Wenn es im Golfkrieg nicht um Menschenrechte und im Afghanistan-Krieg nicht um die Bekämpfung des Terrors ging, stellen sich zwei Hauptfragen: Worum ging es dann, und warum wurde das so nicht berichtet?

Informationsblockaden

Kriege sind nur eine Weiterführung der – kapitalistischen – Politik mit anderen Mitteln. Den Medien fällt dabei die Aufgabe zu, die Interessen der Herrschenden zu vermitteln und die Masse der Bevölkerung ruhig zu halten. Ein kritikfeindliches Klima soll geschaffen werden. Der Fall Ulrich Wickert beweist, dass dies erfolgreich war. Als Wickert die indische Schriftstellerin Arundhati Roy zitierte, „Osama bin Laden ist das amerikanische Familiengeheimnis, der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten“, forderten CDU und CSU seine sofortige Absetzung als Tagesthemen-Moderator. Dabei ist es Tatsache: bin Laden war in der Vergangenheit vom US-Imperialismus unterstützt und stark gemacht worden.

Seit 1997 sammelt die Initiative Nachrichtenaufklärung Themen, die journalistische Storys sein sollten, es aber nicht sind. Am 25. Januar stellten sie ihre Liste für das Jahr 2001 vor. Auf dem 4. Platz: „CNN-Selbstzensur im Krieg gegen den Terrorismus – Wesentliche Informationen über Kriegsverbrechen und Kriegsfolgen wurden der Öffentlichkeit vorenthalten.“ Unter ihnen Top Ten sind ferner: „Kein Asyl für Kriegsdienstverweigerer – In Deutschland werden Anträge auf Asyl abgelehnt, weil das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht als Asylgrund gilt“ und „Deutsche Unternehmen verdienen an Folterinstrumenten – Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung fehlen Folterwerkzeuge wie Elektroschocker und Daumenschrauben.“ Peter Ludes, Professor für Medienwissenschaft an der Uni Siegen, nennt als Grund: „Bei vielen wichtigen Themen spielt die Politik keine Rolle mehr. Da entscheiden Wirtschaft, Wissenschaft und Militär“ (Berliner Zeitung, 25.1.02). Die Bundesministerien werden angeprangert, die laut Ludes bei heiklen und strittigen Themen zunehmend mit Informationsblockaden arbeiten.



das gibt einen Vorgeschmack auf die Dinge, die noch kommen.

Hat die Nordallianz in der Defensive gegen die Taliban einigermaßen einheitlich gehandelt, so war dies schon bald vorbei: Mitte Dezember 2001 brachen schon die ersten Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen der Nordallianz aus. In der Provinz Baghlan wurden 350 Menschen getötet. Auf der einen Seite standen Truppen des Verteidigungsministers Faheem, auf der anderen Truppen des Generals Naderi, ein Führer der schiitischen Muslimen Ismaili. Diese werden von Dostum unterstützt, der sich misant seiner usbekischen Volksgruppe bei der Regierungsbildung Übergangeneht. Grund für die Auseinandersetzungen waren die Kontrolle der Stadt Pol-e-Khormi und unterschiedliche Auffassungen über die

ausländischen Truppen, die Dostum nicht in seinem Einflussgebiet haben will.

Zu sehr geht es um verschiedene Interessen der verschiedenen Warlords, werden ethnische Konflikte aufrechterhalten, als dass die Nordallianz auf Dauer stabil herrschen könnte. Dazu kommen die Kräfte des Imperialismus, die ihre eigenen geostrategischen und ökonomischen Interessen verfolgen. Außerdem wirkt das Machtstreben der Nachbarländer wie Pakistan, Iran oder Usbekistan mit hinein, die alle versuchen, einzelne Gruppen der Nordallianz auf ihre Seite zu ziehen. Chaos und neue bewaffnete Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. „Der heutige Sieg kam schon morgen wie eine Niederlage aussehen“ (Time vom 3.12.01).

Menschenrechtsverletzungen durch die USA

Bush und Schröder haben den Krieg gegen Afghanistan angeblich mit dem Ziel geführt, „Zivilisation und Freiheit“ zu verteidigen. Welche Heuchelei! Ein Blick auf das US-Kriegsgefangenenlager auf dem Marinestützpunkt Guantanamo in Kuba genügt.

Im Lager „Camp X-Ray“ sind die Häftlinge isoliert von einander in Käfigen untergebracht. Geplant ist, 2.000 Gefangene in dem „Röntgenlager“ zu internieren und später einem geheimen Militärtribunal zuzuführen.

„In den offenen Drahtzengern sind die Gefangenen Wind und Wetter schutzlos ausgesetzt. Die 1,80 mal 2,40 Meter kleinen Freiluft-Zellen erinnern an Käfighaltung von Tieren“ (Amnesty International).



Afghanische Flüchtlinge im Hungerstreik

Ende Januar waren 370 Flüchtlinge an den Hungerstreiks gegen die Asylpolitik der australischen Regierung beteiligt. Mit dieser Aktion protestieren die Flüchtlinge gegen die schleppende Bearbeitung ihrer Asylanträge und die verheerenden Zustände in den Lagern in der australischen Wüste, wo viele bereits seit zwei Jahren ausharren müssen. Die meisten von ihnen sind aus Afghanistan. So viel zur angeblichen Anteilnahme der reichsten kapitalistischen Staaten gegenüber dem Schicksal der afghanischen Massen.

In China enden Schülerproteste im Knast

Weil sie einen Schülerstreik gegen hohe Schulgebühren und Steuern organisiert hatten, sind fünf SchülerInnen in China zu Haftstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt worden. Die von der Presse bisher verschwiegenen Proteste hatten im Februar letzten Jahres in der Provinz Guangzhou stattgefunden.

Streik im französischen Gesundheitswesen

Der Notstand im Gesundheitswesen hat in Frankreich Ende Januar ÄrztInnen und Pflegepersonal auf die Straße gebracht. In einem eintägigen Vollstreik, der das gesamte Gesundheitswesen lahm legte, demonstrierten die Ärztinnen und Ärzte für eine Erhöhung der Behandlungstarife und die Krankenhausbeschäftigten gegen die völlige Überlastung in den Krankenhäusern.

Sie forderten die Einstellung von mindestens 80.000 Pflegekräften und Pflegern, um die Versorgung der PatientInnen gewährleisten zu können und um Schluss zu machen mit Arbeitszeiten von bis zu 70 Stunden in der Woche.

Auch im Bildungswesen fand am 24. Januar ein eintägiger Streik für Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen und gegen ungesicherte Arbeitsverhältnisse statt, zu dem fünf Gewerkschaften aufgerufen hatten. Der Protest richtete sich auch gegen von der Regierung geplante „Reformen“, die auf eine völlige Deregulierung im Bildungsbereich abzielen. Fast 40 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer nahmen im ganzen Land an dem Streik teil.

„Wir sind alle illegal!“

In Italien regt sich massiver Widerstand gegen die von der rechten Berlusconi-Regierung betriebene Verschärfung der rassistischen Ausländergesetze. Am 19. Januar gingen 200.000 ImmigrantInnen und italienische ArbeiterInnen und Jugendliche gemeinsam auf die Straße, um gegen die geplanten Gesetze zu demonstrieren, die Abschiebungen von Flüchtlingen und „Illegalen“ erleichtern und die Rechte aller AusländerInnen in Italien einschränken würden.

Die Hauptparole der Demonstration, zu der maßgeblich die linke RC und diverse Gewerkschaften mobilisiert hatten, war: „Wir sind alle illegal!“ Zu den Initiatoren der Aktion gehörten auch die Schriftsteller Antonio Tabucchi (Erklist Peirera) und Literaturnobelpreisträger Dario Fo („Bezahl wir nicht!“).

Falls Bossi (Lega nord), Fini (rechtsextreme Nationale Allianz) und Berlusconi ihre Pläne nicht zurück ziehen, sind für den 15. Februar noch größere Proteste gegen die rassistische und unsoziale Politik der Regierung geplant, unter anderem ein Generalstreik im Öffentlichen Dienst.

Vielleicht machen die ArbeiterInnen dann wahr, was einige von ihnen schon auf dieser Demonstration forderten: „Wir wollen nur drei Abschiebungen: Die von Bossi, Fini und Berlusconi!“

Goran Hastenteufel, Saarbrücken

Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten

Sozialismus Tage 2002



**Gegen Globalisierung,
Krieg und Kapitalismus –
wie weiter für die neue Linke?**



Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Nigeria

Die DSM (Demokratische Sozialistische Bewegung) hat eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zum Generalstreik Mitte Januar gespielt. Er richtete sich gegen eine 18prozentige Erhöhung der Benzinpreise, aber auch gegen das korrupte Regime von Präsident Obasanjo. Obwohl der Streik breit befolgt wurde, hat die Gewerkschaftsführung den Generalstreik nach nur zwei Tagen beendet. Am ersten Streiktag wurden 83 Gewerkschaftsaktivisten verhaftet, unter ihnen der DSM-Verantwortliche für Gewerkschaftsarbeit, Demola Yaya. Schon früher waren zwei Mitglieder der Studierenden-gewerkschaft NANS bei einer Protestaktion gegen die Benzinpreiserhöhungen verhaftet worden. Die beiden Aktivistinnen, Shina Onifade und DSM-Mitglied Ahmed Adesina, denen "Unruhe-stiftung" vorgeworfen wird, stehen am 11. Februar vor Gericht.

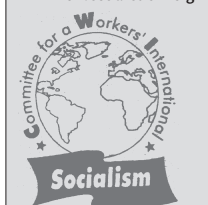
Protestschreiben an:
Nigerianische Botschaft, Platanenstraße 98a, 13156 Berlin
Solidaritätsschreiben an:
Nigerian Labour Congress: nlchq@infoweb.abs.net
Fax: 0023415840288
DSM: dsmcentre@hotmail.com
CWI: nigeria@worldsoc.co.uk

Nord-Irland

Als Reaktion auf die Ermordung eines jungen Postangestellten durch die loyalistische Terrororganisation UFF sind in Belfast 80.000 katholische und protestantische ArbeiterInnen auf die Straße gegangen. Auf der Demo gab es einen enormen Hunger nach Ideen. Die Leute rissen den Mitgliedern der Sozialistischen Partei (SP), Flugblätter und Zeitungen förmlich aus der Hand. 400 Zeitungen wurden auf der Demonstration und noch einmal so viele am Tag davon und danach verkauft. In diesem Material argumentiert die SP dafür, die Kampagne in die Stadtviertel zu tragen. Treffen lokaler GewerkschafterInnen und Nachbargewerkschaftsorganisationen sollten Massenversammlungen und Proteste gegen den Terror und für die Verteidigung des Öffentlichen Dienstes vorbereiten.

70 kamen zur Podiumsdiskussion der SP unmittelbar nach dem Ende der Demonstration. Neben VertreterInnen der Gewerkschaften der LehrerInnen und der Feuerwehrleute saßen Mitglieder der Sozialistischen Jugend und Joe Higgins, SP-Abgeordneter im Parlament der Republik Irland, auf dem Podium.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



Berlin ★ 29. – 31. März

Es ist an der Zeit, über die Perspektiven, Ziele und das Programm einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung zu diskutieren, sozialistische Ideen wieder ins Gespräch zu bringen und auf dieser politischen Grundlage eine Kraft aufzubauen, die den Kampf organisieren und ihn somit erfolgreich machen kann.

Die Sozialismus-Tage 2002 bieten die Möglichkeit zu diskutieren, wie wir die Linke weiter aufbauen können.

Jugend-
kulturzentrum
Pumpe

Lützowstr. 42
(U1, U2, U4
bis Nollendorfplatz)

Auftaktveranstaltung Freitag, 29. März um 19 Uhr Sozialismus international

SozialistInnen werden die Gründe für die kapitalistische Weltkrise, die Kriegspolitik der USA und das Elend der „Dritten Welt“ darlegen

- Tony Saunio ist Generalsekretär des CWI. Er war Delegierter beim Weltsocialforum in Porto Alegre
- Doreen Ullrich ist Sprecherin von widerstand international/International Socialist Resistance.
- Kim Opgenoorth ist Mitglied im SAV-Bundesvorstand. Sie wird über die Aufgaben für die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung sprechen
- N.N. ist Mitglied von Socialismo Revolucionario, der Gruppe des CWI in der brasilianischen Arbeiterpartei (PT). Er hat Argentinien im Dezember und Januar besucht und wird über den Volksaufstand berichten
- Kwang Woo Hwang gehört dem Vorstand der südkoreanischen Demokratischen Arbeiterpartei an

Samstag und Sonntag ab 10 Uhr Diskussionen in Arbeitsgruppen unter anderem zu:

- Wie weiter nach dem WSF in Porto Alegre? (mit Tony Saunio und anderen Teilnehmern)
- Nach Göteborg, Genua und Brüssel – welche Inhalte und Methoden für die antikapitalistische Bewegung (mit ATTAC, Indymedia, PGA)
- Plan statt Markt – der Weg aus der Weltwirtschaftskrise?
- Bewegung oder Partei? – Über die Notwendigkeit von Organisation
- Die Linke und die Bundestagswahlen
- Gegen die Privatisierung der Bildung

Abschlussveranstaltung

Sonntag, 31. März um 13.30 Uhr

Die Welt in der Krise

- Sascha Stanic, Mitglied der SAV-Bundesleitung, Nelli Tügel von widerstand international! und Philip Locker von der CWI-Sektion in den USA zeigen ein Programm für den Widerstand gegen die kapitalistische Krise auf.

Liebkecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration Wieder Hunderttausend auf der Straße

Jedes Jahr am zweiten Sonntag im Januar findet die traditionelle Liebkecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin statt. Wie auch in den vorherigen Jahren zogen rund 100.000 zur Gedenkstätte, um der beiden am 15. Januar 1919 ermordeten Sozialisten zu gedenken. Damit ist diese Veranstaltung eines der größten linken Treffen europaweit. Neben vielen älteren Menschen kommen aber auch zunehmend jüngere, die sich vor allem im Demozug einfänden, der auch diesmal wieder etwa 10.000 TeilnehmerInnen hatte.

Die SAV war mit einem eigenem Block (100 DemonstrantInnen) am Start. Außerdem gab es einen SAV-Stand nahe der Gedenkstätte.

Neben Gesangsbeiträgen wurden diesmal auch Stimmen gegen Krieg und Sozialabbau laut, denn viele verbinden diese Veranstaltung nicht nur mit dem bloßen Gedenken, sondern sehen auch die Aktualität der Ideen von Luxemburg und Liebkecht. Es zeigte sich allerdings, dass gemeinsame Angebote für einen inhaltlichen Austausch sinnvoll wären, um die verschiedenen Vorstellungen zu diskutieren und konkret den Bezug zur aktuellen Situation herstellen zu können.

Stefan Kretzschmar, Berlin



Neue SAV-Ortsgruppen Bundesweit eine Alternative aufbauen!

In Trier konnten wir im Januar unser drittes Mitglied gewinnen und somit in der Geburtsstadt von Karl Marx eine neue Ortsgruppe aufbauen!

In Saarbrücken gelang uns der Durchbruch im Spätherbst letzten Jahres bei einer Antikriegs-demo, auf der unter 1.000 KriegsgegnerInnen auch acht SAV-ler aus Saarbrücken, Trier, Stuttgart und Köln vertreten waren. Wir spürten ein enormes Interesse für unsere Ideen (75 verkaufte Zeitungen)! Gleich nach der Demo trat ein Interessent ein.

In vielen Orten, in denen die SAV noch nicht vertreten war, sind in der letzten Zeit Leute bei uns eingetreten oder stehen mit uns in der Diskussion. An dem Wochenende der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht in Berlin lernten Mitglieder der SAV Köln drei

Jugendliche aus Düsseldorf kennen, die dort eine neue Gruppe ins Leben rufen wollen.

An einem bundesweiten SAV-Seminar für neue und werdende Ortsgruppen am gleichen Wochenende nahmen SAV-Mitglieder und InteressentInnen aus Oldenburg, Mannheim, Mönchengladbach, Essen, Saarbrücken, Trier, Heinsberg, Aachen, Rostock, Greifswald, Bremen, Berlin, Stuttgart und sogar aus Chile teil.

Die enormen Chancen, die wir momentan bei der regionalen Ausweitung haben, müssen genutzt werden. Dazu müssen Orte, in denen es bereits stabile Ortsgruppen gibt, notfalls auch eigene Aktivitäten ausfallen lassen, um GenossInnen in neuen Orten zu unterstützen.

Christoph Wälz,
Trier

Neuerscheinung



Die Sowjetunion 1917-24 (Daniel Behruzi), ISP-Verlag
Das Buch kann über die SAV-Bundeszentrale bezogen werden

Eine andere Welt ist möglich ... und nötig!

Das 2. Weltsozialforum in Porto Alegre

Vom 31. Januar bis 5. Februar findet im brasilianischen Porto Alegre das zweite Weltsozialforum (WSF) statt. Daran nehmen über 50.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus Gewerkschaften, der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, ATTAC, sozialistischen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen teil.

WSF-Teilnehmer und SAV-Bundessprecher Sascha Stanic wird im Anschluss auf verschiedenen Veranstaltungen sprechen.

SAV-Rundreise & Bericht eines Teilnehmers

Berlin: 11. 2., 19 Uhr
Haus der Demokratie, Greifswalder Str.4 (Tram 2, 3, 4 Haltestelle Am Friedrichshain)

Rostock: 12. 2., 19 Uhr
Ökovilla, Herrmannstr. 36, (Rostock-Innenstadt, neben dem Gewerkschaftshaus)

Hamburg: 13. 2., 18.30 Uhr
Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), Von-Melle-Park 9

Köln: 14. 2., 19.30 Uhr
ATTAC-Veranstaltung im Bürgerzen-

trum Deutz, Tempelstr. 41 (U-Bahn Deutzer Freiheit)

Bremen: 15. 2., 19 Uhr
Villa Ichon, Goetheplatz 4

Aachen: 17. 2., 15 Uhr
Ché-Haus, Pontstr. 41

Kassel: 18. 2., 19 Uhr
Universität-Gesamtschule, Arnold-Bode-Str. 12, Hörsaal 4 (Nähe Mensa)

Stuttgart: 19.2., 19.30 Uhr
AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (beim Ostendplatz)

Bildung darf keine WARE werden!

Wenn wir an Schulen und Universitäten, an Studierende, Schülerinnen und Schüler, an Lehrerinnen und Lehrer denken, denken wir normalerweise nicht an Umsatzsteigerungen oder Profit. Aber wir sind auch keine Großaktionäre und Konzernchefs!

Denn Bildung ist ein lohnendes Geschäft. Die Unternehmensberatung Meryll Lynch erklärte in einer Studie, dass der Bildungsmarkt in den kommenden Jahren einen Wert von 2.200 Milliarden US-Dollar jährlich hat und es möglich wäre, innerhalb von zehn Jahren den Bildungsmarkt vollkommen zu privatisieren. Welcher Konzern hätte nicht gern ein Stück vom Kuchen eines so großen Marktes?

Von Doreen Ullrich, Berlin

Mit dem GATS-Abkommen sind die Kapitalisten dem Schritt zur Privatisierung von öffentlicher Bildung ein großes Stück näher gekommen.

Was bedeutet GATS?

Das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) wurde 1994 nach langen Verhandlungen von der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft gesetzt. Ziel des Abkommens ist die weltweite Liberalisierung von Dienstleistungen. Im Klartext bedeutet das die Reduzierung staatlicher Einflussmöglichkeiten und Privatisierungen, Schutzmaßnahmen wie Zölle, Umweltauflagen oder Arbeitrechte werden ausgehebelt.

Alle Dienstleistungen, die nicht im völligen Monopol des Staates sind, können nach dem GATS-Abkommen auch von privaten Unternehmen angeboten werden, ohne dass diese dabei benachteiligt werden dürfen. Das bedeutet, dass auch „Dienstleistungen“ wie Gesundheitswesen oder Bildung unter das Abkommen fallen.

Auswirkungen an Universitäten und Schulen

Stell dir vor, du gehst morgens in die Schule, und deine erste Aufgabe ist es, vor dem Fernseher zu sitzen. Deine Schule ist wie 12.000 andere gesponsert von Channel One, dem Sender eines riesigen Medienkonzerns. In den 12 Minuten Nachrichten, die du dir anschauen musst, sind zwei Minuten nur Werbung. Abschalten, den Ton leiser stellen, all das funktioniert nicht. Deine Cafeteria hat einen Vertrag mit Pizza Hut, wie 4.000

andere Schulen auch. Neben dem Verkauf von Pizzen macht der Konzern jede Menge Werbung in der Schule.

All das ist keine Spinnererei, sondern Alltag an fast allen Schulen und Universitäten in den USA und Kanada.

Nike erteilte sogar „bildende“ Aufträge in den Schulstunden. 1997/98 wurden in 800 Klassen in den USA Grundschulkinde angehalten, einen Nike-Turnschuh mit Logo und den Namen eines Basketballstars zusammenzubasteln.

Sicher, so weit ist es hier zum Glück noch nicht. Mit GATS könnte aber all das auch bald bei uns Realität werden.

Verschärfte Elitebildung

Neben dem wachsenden Einfluss von Konzernen durch Sponsoring droht auch die völlige Privatisierung von Bildungseinrichtungen und damit verschärfte Elitebildung.

Durch das GATS-Abkommen ist es möglich, dass Konzerne Universitäten und Schulen aufkaufen und saftige Gebühren verlangen. Staatliche Angebote würden dann nur noch das Mindestmaß an Bildung für die Ärmsten bieten. Lehrinhalte und Methoden würden nicht mehr von staatlichen Stellen geregelt, sondern die mächtigsten Unternehmen im neuen Bildungsmarkt würden entscheiden, was Lernstoff ist und was nicht. Kritische Wissenschaft und Forschung wäre der Willkür der Konzerne ausgesetzt.

Auch im deutschen Bildungsbereich schreitet die Liberalisierung voran. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat vor kurzem einen Marketing-Service eröffnet. Mit deren Hilfe können Hochschulen ausländische Studentinnen und Studenten werben, kostenpflichtige Uni-Filialen in anderen Ländern eröffnen oder Studiengänge exportieren etc.

An einem neuen Projekt, das Studienangebote vor allem in Lateinamerika und Südostasien vertreibt, ist die Uni Freiburg beteiligt. Diese Uni und 18 andere Hochschulen aus aller Welt geben ihren Namen an „Universitas 21“ gegen Geld. Das Unternehmen ist streng nach Profit orientiert. Die Kurse wurden von Thomson, einem globalen Medienkonzern, erstellt.

Konzern-eigene Bildungsangebote

Bayer, Bertelsmann, Lufthansa und viele andere bieten inzwischen firmengesponserte Studiengänge an oder eröffnen eigene Colleges.



Jüngstes Beispiel ist die Sartorius AG. An ihrem Firmensitz in Göttingen hat sie Ende 2001 ein College für 5 Millionen Euro eingerichtet. Gerade bei firmeneigenen Bildungsangeboten wird in der Regel nur das gelehrt, was auch dem Unternehmen unmittelbar nützt.

Weg mit GATS!

Inzwischen haben schon 40 Staaten zugestimmt, dass ihr Bildungssektor unter das GATS-Abkommen fällt. Wenn wir die WTO und GATS nicht stoppen, bedeutet dies das endgültige Aus für kostenlose Bildung für alle. Nur noch eine Minderheit könnte sich gute Bildung leisten.

In den letzten Jahren mussten wir schon genug Kürzungen an Schulen und Unis hinnehmen. Immer wieder wurden Haushaltsmittel und Lehrstellen gestrichen, Schulen geschlossen und das Angebot an Unis eingeschränkt. Wohin das führt, hat die PISA-Studie gezeigt. Die im internationalen Vergleich besonders frühe Selektion in Deutschland war ein wichtiger Faktor für das besonders alarmierende

Abschneiden des deutschen Bildungsniveaus.

Jetzt wächst der Einfluss der Konzerne, Unis und Schulen sollen schon heute konkurrenzfähig sein, vermehrt ist die Rede von der umfassenden Einführung von Studiengebühren und Privatisierung von Bildungseinrichtungen. Damit muss Schluss sein.

Widerstand

In allen Ländern und Kommunen regiert heute der Rotstift. Es ist höchste Zeit, vor Ort gegen die Schließung von Schulen, die Streichung von Angeboten an Schulen und Hochschulen oder Studiengebühren durch die Hintertür vorzugehen. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Alle SchülerInnen und Studierende, alle Lehrerinnen und Lehrer, alle BerufsschülerInnen und Auszubildende sollten sich zusammenschließen und regional und überregional an einem Strang ziehen. Jede Form von Sponsoring und direkte Einflussnahme der Konzerne sollte publik gemacht und bekämpft werden.

Bildung für alle!

Die SAV kämpft gegen die Privatisierung von Bildung und gegen den wachsenden Einfluss von Konzernen. Wir fördern stattdessen ausreichend Lehr- und Lernmittel, die massive Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern und eine starke Verkleinerung der Klassen. Die SAV tritt für kostenlose Bildung und den freien Zugang zu Universitäten und Schulen für alle ein. Bildung ist ein Recht und kein Privileg.

Doch in einem kapitalistischen Profitssystem ist eine qualitativ gute Bildung für alle nicht erwünscht. Was die Unternehmen wollen ist Elitebildung für Wenige ein hohes Maß an Bildung und für die Masse nur das Nötigste. Deshalb kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der nicht Konzerne wie Nike, Siemens und Co. bestimmen, wie schlau wir sein dürfen. Wir kämpfen für eine sozialistische Welt, in der es für alle möglich ist, nach den jeweiligen Bedürfnissen zu lernen und Schulen und Unis frei zu besuchen. ■

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 12,78 Euro
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ MARK bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf

Name, Telefon

Adresse

Stoppt GATS!